

16. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Wortprotokoll

Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Frauen

52. Sitzung
23. November 2009

Beginn: 14.06 Uhr
Ende: 16.17 Uhr
Vorsitz: Dr. Frank Steffel (CDU),
zeitweise Jörg Stroedter (SPD)

Punkt 1 der Tagesordnung

Wahl einer stellvertretenden Schriftführerin / eines stellvertretenden Schriftführers

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

[0259](#)

Green Economy: Welche Stärken hat bzw. welche Potenziale ergeben sich für Berlin?

(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Linksfraktion)

Hierzu: Anhörung

Vorsitzender Dr. Frank Steffel: Ich darf mich im Vorfeld schon bei den vier Herren bedanken, die uns heute zur Verfügung stehen. – Frau Kosche, bitte!

Heidi Kosche (Grüne): Ich möchte um ein Wortprotokoll bitten.

Vorsitzender Dr. Frank Steffel: Das hätte ich sofort abgefragt, nachdem ich die Herren vorgestellt habe. Wir können gleich festhalten, dass der Ausschuss ein Wortprotokoll wünscht. – Ich darf Ihnen dann kurz die vier Herren vorstellen: Herrn Arno Hager – den Sie wahrscheinlich kennen – als Ersten Bevollmächtigten der IG Metall, Verwaltungsstelle Berlin – wie das wohl offiziell heißt –, Herrn Dr. Paul Grunow, Vorstandsmitglied der PI Photovoltaik-Institut Berlin AG, rechts neben ihm sitzt Herr Dr. Stephan Krämer, Lei-

ter Business der Converteam GmbH, und Herrn Jens Werthwein – den die meisten von Ihnen sicherlich auch kennen – als Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik der Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin-Brandenburg, also des UVB, und in Vertretung für den dortigen Hauptgeschäftsführer Herrn Christian Am-sinck.

Dann darf ich sicherlich der sozialdemokratischen Partei bzw. Fraktion das Wort zur Begründung geben. – Bitte schön!

Frank Jahnke (SPD): Danke, Herr Vorsitzender! – Das Thema Umweltschutz, wie man zunächst ab den 70er-Jahren sagte, war eher ein Thema, das immer unter dem Aspekt der Kosten betrachtet wurde, also: Umweltschutz ist etwas, das wir uns etwas kosten lassen müssen. Unternehmen argumentierten: Das können wir uns nicht leisten. – Ein bisschen in diese Richtung liest sich auch noch der jüngste Brief von Vattenfall zur Strompreiserhöhung, den Sie vielleicht letzte Woche alle ins Haus bekommen haben. Aber in den letzten Jahren ist eine ganz andere Entwicklung erkennbar, nämlich dass Umweltschutz eben nicht nur nachgelagerte End-of-Pipe-Technik – wie der Neudeutsche sagt – ist, wo man Schallschutzwände, Filter oder Ähnliches, was etwas kostet, nachschalten muss, sondern diese Dinge finden schon bei der Erzeugung der Energie oder bereits im Produktionsprozess Anwendung und stellen weltweit einen enormen Wachstumsmarkt dar.

Insofern ist diese Anhörung und die Befassung damit – gerade auch nach der sehr erfolgreichen Konferenz zum Thema, die wir vorige Woche im Roten Rathaus hatten – hier im zuständigen Fachausschuss sehr wichtig, auch um solche Meinungen vielleicht endgültig zu korrigieren, wie sie der FDP-Fraktionsvorsitzende noch in der letzten Woche kundtat. Unter der Überschrift „Keine grüne Planwirtschaft“ hatte er das Missverständnis, wir wollten jetzt verordnen, dass in Berlin nur noch grüne Produktion stattfinden darf. Natürlich ist das nicht der Fall, sondern es geht darum, in den Unternehmen selbst die Aspekte, die man unter „Green Economy“ betrachten kann, zu fördern. Das passiert im Kompetenzfeld Energietechnik, das wir seit einem Jahr haben, und in anderen Bereichen auch. Das findet nicht nur in neuen Unternehmen wie der Solon AG oder in anderen neu gegründeten Unternehmen statt, sondern gerade auch in der traditionellen Berliner Industrie. Die Firma Converteam, die Ihnen vielleicht noch nicht so viel sagt und für die Herr Dr. Krämer hier sitzt, ist aus dem alten Berliner Unternehmen AEG hervorgegangen. Oder z. B. bei Siemens findet man jede Menge Greentech. Das konnten wir von Herrn Löscher selbst letzten Dienstag im Roten Rathaus hören.

Ich bin also sehr interessiert daran, von unseren vier Anzuhörenden heute das zu hören, was wir auch im Besprechungspunkt formuliert haben: Welche Stärken hat Berlin, und welche Potenziale ergeben sich für Berlin aus der Green Economy?

Vorsitzender Dr. Frank Steffel: Ich würde – Ihr Einverständnis vorausgesetzt – vielleicht mit Herrn Werthwein beginnen, dann den beiden Unternehmern und am Ende der IG Metall das Wort geben. – Dann können Sie, Herr Werthwein, etwas allgemeiner beginnen, und die beiden Unternehmer können das etwas konkreter fortsetzen. Bitte schön!

Jens Werthwein (UVB): Sehr gerne! – Sehr geehrter Herr Dr. Steffel! Sehr geehrte Damen und Herren Ausschussmitglieder! Ich darf mich zunächst einmal für die Einladung bedanken. Sie fragen heute nach den Stärken und Potenzialen des Themas Green Economy für den Wirtschaftsstandort Berlin. Ich kann die Antwort kurz und knapp vorwegnehmen: Ja, Berlin hat viele Stärken in diesem Bereich. Ja, Berlin hat auch viele Potenziale in diesem Bereich. – Schon heute – das ist auch im Vorwort von Herrn Jahnke schon angeklungen – sind grüne Technologien ein wichtiger Wachstumsfaktor und Innovationsmotor am Standort Berlin. Ich möchte Sie gern auf zwei Tischvorlagen hinweisen, die ich ausgelegt habe. Das ist zum einen ein gemeinsam mit den Partnern der Wachstumsinitiative Berlin Anfang des Monats veröffentlichtes Papier zum Thema Green Economy. Dort finden Sie genau zu diesen Stärken und Potenzialen Berlins auf 28 Seiten sehr viel Lesens- und Wissenswertes. Ich erspare Ihnen, das jetzt vorzulesen. Aber es ist sicherlich eine lohnende Lektüre.

Herr Jahnke hat auch bereits die 3. Berliner Wirtschaftskonferenz angesprochen, die wir als Partner auch in diesem Jahr wieder unterstützt haben und die in der vergangenen Woche mit der Rekordbeteiligung von mehr als 700 Teilnehmern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik stattgefunden hat. Auch das zeigt: Green

Economy ist ein Thema, das die Menschen und die Wirtschaft vor allem bewegt. Unter den Rednern waren der Regierende Bürgermeister, der Wirtschaftsminister und der Vorstandsvorsitzende des größten Industrieunternehmens der Stadt, der Siemens AG, Herr Peter Löscher. Sie alle haben unisono übereingestimmt, dass die Zukunftspotenziale insbesondere im Bereich der grünen Industrie eindrucksvoll sind und für den Standort weiterentwickelt werden müssen.

Als zweite Vorlage möchte ich Sie auf eine Sonderbeilage der „Financial Times Deutschland“ vom selbigen Tag, vom 17. November, hinweisen, die auch wir unterstützt haben und die das Thema des nachhaltigen Wirtschaftens am Beispiel Berlins mehrseitig beleuchtet. Man kann auch hervorheben: Diese doch sehr anerkannte Wirtschaftszeitung schreibt dort auf der Titelseite von der „Hauptstadt der Ökoarbeitgeber“.

Man kann sich dann die Frage stellen: Warum ist dieses Thema jetzt solch ein großes Thema? – Da muss man etwas ausholen und global denken: Die Weltbevölkerung steigt weiter. Sie wird bis 2030 um weitere zwei Milliarden Menschen ansteigen. Große Teile dieses Zuwachses vollziehen sich in Schwellen- und Entwicklungsländern. Die Menschen dort streben nach Wohlstand. Sie wollen einen materiell höheren Lebensstandard. Niemand wird dieses Streben nach besseren Lebensbedingungen, etwa in China, Indien oder vielen Ländern Mittel- und Osteuropas, ernsthaft infrage stellen. Damit verbinden sich aber auch bestimmte Entwicklungen. In China etwa werden bis 2020 etwa 100 Millionen Autos unterwegs sein, dreimal so viel wie heute. Bis zum Jahr 2025 droht, dass 50 Prozent der Weltbevölkerung unter Süßwassermangel leiden, und die weitaus größte Dimension betrifft den Weltenergiebedarf. Er wird nach allen Prognosen, die mir vorliegen, bis 2030 ungefähr noch einmal um 50 Prozent zunehmen. Das Ganze verbindet sich mit der Tatsache, dass Energie- und Rohstoffressourcen begrenzt sind und dann knapp werden. Die klimapolitischen Herausforderungen – Kopenhagen steht vor der Tür – erfordern auch eine spürbare Senkung der CO₂-Emissionen.

Was heißt das unter dem Strich? – Das heißt, dass die Welt den bisherigen Pfad der industriellen Entwicklung, wie ihn die heutigen Industrieländer gegangen sind, in den Schwellen- und Entwicklungsländern nicht wiederholen kann und auch insgesamt diesen Weg in Teilen nicht weitergehen kann. Das heißt, wir stehen alle gemeinsam vor einer sehr großen Herausforderung, nämlich der Entkopplung von Wirtschaftswachstum einerseits und Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung andererseits. Was heißt das für die Wirtschaft? – Das heißt, dass wir Produkte, Prozesse und Dienstleistungen so weiterentwickeln müssen – und zwar über die gesamte Wirtschaft hinweg –, dass es gelingt, ressourcenschonender zu produzieren und perspektivisch auf lange Sicht die Energieversorgung durch erneuerbare Energien zu erreichen.

Dabei liegt eines auf der Hand: Der Regierende Bürgermeister hat in einem Beitrag für den „Tagesspiegel“ in der vergangenen Woche geschrieben, man habe vielfach noch immer ein falsches Bild von der Industrie. Das möchte ich unterstreichen. Wenn wir diese Herausforderungen angehen wollen, dann können diese Lösungen nur durch innovative Antworten aus der Industrie gelingen. Ich möchte das an einem ganz einfachen Beispiel klarmachen: Wir haben hier jetzt künstliches Licht, und die Zukunft wird sicher nicht sein, dass wir das Licht ausschalten, damit wir möglichst keine Energie und Ressourcen verbrauchen, sondern sie wird darin liegen, dass möglichst viele Menschen weltweit künstliches Licht nutzen können, aber dabei weniger Energie und Ressourcen verbrauchen, als es bisher der Fall gewesen ist. Dafür braucht man Innovationen aus der Industrie, und die kommen z. B. aus Berlin von Firmen wie Osram oder Semperlux. Ich kann weitere Beispiele aufzählen: Wir alle wollen auch zukünftig unsere Wäsche waschen und trocknen. Wir wollen das maschinell tun und dabei möglichst wenig Energie und Wasser verbrauchen. Der Energiesparweltmeister, der effizienteste Wäschetrockner der Welt kommt aus Berlin, entwickelt z. B. von der Firma Bosch-Siemens Hausgeräte. Auch in Zukunft wollen wir in der IBB sicherlich nicht zu Fuß in die 12. Etage laufen, sondern Aufzüge benutzen. Aber diese Aufzüge sollen möglichst wenig Energie und Ressourcen verbrauchen. Solche Lösungen, z. B. aus regenerativen Antrieben, aus Bremsenergieerückgewinnung, werden von Unternehmen wie Thyssen-Krupp Aufzüge, Schindler, Otis und anderen entwickelt, die hier in Berlin ihren Sitz haben.

Das macht auch eines deutlich, was mir wichtig ist: Wenn wir über grüne Technologie und grüne Industrie sprechen, dann ist das deutlich mehr als Windräder und Photovoltaik. Umwelttechnik, Green Economy, ist ein Querschnittsthema durch alle Branchen. Den Kern bilden die Anbieter technologischer Lösungen. Das Bundesumweltministerium hat Anfang dieses Jahres den Umwelttechnologieatlas 2.0 vorgestellt und dort sechs Leitmärkte herausgearbeitet, die Green Economy beschreiben. Das sind zum Ersten die Anbieter von

Energieeffizienztechnologien, zweitens umweltfreundliche Energieerzeugung und -speicherung, und zwar ausdrücklich sowohl im Bereich erneuerbarer Energien als auch im Bereich der fossilen Energietechnik, drittens die Bereiche der nachhaltigen Mobilität, viertens Rohstoff- und Materialeffizienz, fünftens die Kreislaufwirtschaft und sechstens nachhaltige Wasserwirtschaft. Diese grünen Leitmärkte verzeichnen ein dauerhaft hohes Wachstum. Sie werden sich nach Prognosen bis 2020 verdreifachen. Deutsche Unternehmen haben hier Anteile – Weltmarktanteile, wohlgemerkt – zwischen 6 und 30 Prozent. Insbesondere auch Berliner Unternehmen sind in diesen Leitmärkten hervorragend aufgestellt. Mindestens 500 Unternehmen in Berlin sind in Schwerpunkten auf diesen sechs Leitmärkten unterwegs. Die wichtigsten dabei sind Energieeffizienz, Energieerzeugung und -speicherung, Kreislaufwirtschaft, nachhaltige Wasserwirtschaft und die nachhaltige Mobilität. Darüber hinaus werden weitere wichtige Teilmärkte abgebildet. Insgesamt sind allein in diesen umwelttechnologischen industrienahen Kernbranchen mehr als 42 000 Menschen tätig. Damit stellt im Übrigen Berlins Wirtschaft auch einen überdurchschnittlich hohen Anteil an der gesamten deutschen Umweltwirtschaft. Das sind 5,1 Prozent der Beschäftigten. Ich nehme nur mal einen Vergleichswert: In München ist es nicht einmal die Hälfte, da reden wir über 2,4 Prozent.

Fakt ist also, wir haben es mit einem weltweiten Trend zu tun. Das ist auch kein Modethema, sondern ein Dauerläufer, der uns nicht nur über Monate oder wenige Jahre, sondern über viele Jahre begleiten wird. Berlin ist bei diesem Thema gut aufgestellt. Eines ist aber auch klar und muss auch immer vergegenwärtigt werden: Die anderen schlafen nicht. Auch andere Standorte entdecken das Thema für sich. Berlin war ein Schwerpunkt in dieser Beilage der „Financial Times“. Wenige Tage zuvor, am 11. November, gab es im „Handelsblatt“ eine Beilage über den Standort Energie- und nachhaltige Mobilitätsregion Nürnberg, die sich ganz ähnlich gelesen hat – sprich: Auch andere setzen auf diese Themen. Wir dürfen uns nicht ausruhen, sondern müssen die Handlungsfelder anpacken, um Rahmenbedingungen zu gestalten und zu schaffen, die es ermöglichen, dass Berlin die Potenziale in diesen Bereichen entfalten kann.

Dazu gehört in allererster Linie sicherlich der Bereich der Innovationen. Wir sprechen hier über Ideen, darüber, neue Wege zu schreiten, die in klugen Köpfen entstehen. Das heißt, das Zusammenspiel von Wirtschaft und Wissenschaft spielt in diesem Bereich eine wesentliche Rolle, die es zu optimieren gilt. Das heißt zum einen, den Wissenstransfer in diesem Bereich nachfrageorientierter zu gestalten, strategische Partnerschaften in der Forschung auszubauen, die Transferorganisationen weiter zu optimieren, das Wissenschaftspotenzial in diesem Bereich noch transparenter zu machen. Allein rund 25 wissenschaftliche Einrichtungen der öffentlichen Forschung Berlins forschen konkret an diesem Spektrum umweltrelevanter Themen. Vielen Unternehmen sind diese Dinge im Einzelnen nicht bekannt, und Wissenschaftlicher müssen sicher mit Anreizen zur Kooperation weiter motiviert werden. Insgesamt bleibt Bildung der ganz entscheidende Wettbewerbsfaktor, wenn es um Innovationen geht. Das heißt, Fachkräftebedarfssicherung kurz-, mittel- und langfristig durch die entsprechenden Instrumente ist das Thema. Grundlagen müssen sicherlich die Schulen schaffen. Hier ist MINT auch ein wichtiges Thema, also die Bildung in den mathematischen Bereichen, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Die Hochschulen müssen sehr viel praxisnähere Lerninhalte und unternehmerisches Denken in diesen Feldern fördern, Arbeitnehmer und Unternehmen gemeinsam Verantwortung für Weiterbildung und lebenslanges Lernen übernehmen.

Ein wichtiges Thema – das ist vielleicht ein zweites neben dem Innovationsthema – ist das Flächenthema. Industrie geht dorthin, wo etwas ist, wo Infrastrukturen sind, wo Unternehmen aus der eigenen Wertschöpfungskette schon vorhanden sind, wo sich Dinge entwickeln können, und Industrie hat zugleich einen großen Flächenbedarf, braucht auch Erweiterungsoptionen. Der Regierende Bürgermeister hat in diesem Sinne in der vergangenen Woche regelrecht mit seiner Aussage einen Pflock eingerammt, Tegel als Standort für Technologie, Kreativität und Industrie entwickeln zu wollen. Das ist sicher auch richtig so.

Berlin braucht – das vielleicht als dritten Punkt – eine strategische Energiepolitik, die auch den Bedürfnissen und Erfordernissen der Industrie Rechnung trägt, vor dem Hintergrund dessen, was ich ausgeführt habe. Dazu gehört eine Energiepolitik, die dem Zieldreieck aus Umweltverträglichkeit einerseits, aber auch von Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit Rechnung trägt.

Vierter Bereich könnte die Förderpolitik sein. Das betrifft zum einen Kooperationsnetzwerke, aber auch die Auslandsmarkterschließung, die Förderung von Auslandsaktivitäten im Bereich der Green Economy, Innovationsförderung, die Frage gewerblicher Schutzrechte oder auch des Standortmarketings. Sie sehen, es gibt eine Reihe von Dingen, die man tun kann, um dieses Thema voranzubringen. Ich möchte mit der Anmerkung schließen: Das ist eine große Chance. Berlin hat Potenziale. Hier ist – nennen wir es mal – ein Window of Opportunity. Andere schlafen nicht, und derzeit entscheidet sich weltweit, wer in diesen Zukunftsfeldern dabei ist und wer nicht. Ich denke, wir können – wenn das Thema nachhaltig und mit Nachdruck vorangetrieben wird – sehr viel für Wachstum und Beschäftigung in der Stadt tun. – Vielen Dank!

Stellv. Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Werthwein! – Herr Dr. Krämer, bitte!

Dr. Stephan Krämer (Converteam GmbH): Sehr verehrter Vorsitzender! Sehr verehrte Damen und Herren! Herr Steffel war so freundlich, mich vorzustellen. Ich bin Elektroingenieur und verantworte bei der Firma Converteam GmbH das operative Geschäft. Herr Werthwein hat sehr umfangreich die Definition für Green Economy dargelegt. Ich werde noch mal auf den Kernzusammenhang zurückkommen. Ich glaube, die Folgen des Klimawandels werden immer klarer absehbar, nicht nur die sozialen, die politischen, sondern auch die Kosten. Es ist mittlerweile Allgemeingut, dass die Umstrukturierungen des wirtschaftlichen Lebens hin zu weniger Emissionserzeugung und Verbrauch an Ressourcen notwendig sind, um diese Folgen, u. a. auch die Kosten, einzudämmen oder sie – falls noch möglich – zu verhindern.

Zwei sehr wichtige Bereiche sind schon genannt worden. Einer ist der Bereich Energieerzeugung, der zweite ist der Bereich der Energieeinsparung, Energieeffizienz. In diesem Bereich ist unser Unternehmen tätig, und ich würde Ihnen gern unsere Erfahrung als traditionsreiches Berliner Unternehmen in diesem Bereich darstellen.

Converteam – Herr Jahnke war so freundlich, darauf hinzuweisen – ist aus der AEG hervorgegangen. Wir sind ein klassisches Industrieunternehmen mit 130 Jahren Historie. Wir waren zehn Jahre unter dem Dach

der ALSTOM, die auch in Berlin noch ein Werk betreibt, und sind seit drei Jahren ein eigenständiges Unternehmen und befassen uns mit Antriebs- und Automatisierungslösungen, hier im größeren Leistungsbereich.

Wenn ich zurückschaue: Vor zehn Jahren haben wir ausschließlich an die Industrie geliefert. Wir hatten Bergwerksantriebe, wir haben Antriebe in Walzwerke und in die chemische Industrie geliefert. Heute hat sich das Geschäft völlig umstrukturiert. Etwa 50 Prozent unseres Marktes hängen direkt mit der Energiefrage zusammen. Hier sind erneuerbare Energien ein ganz erheblicher Treiber, für uns im Wesentlichen Windkraft, aber auch Photovoltaik. Ein zweiter Bereich sind Ausrüstungen in klassischen Kraftwerken. Sie wissen, der Wirkungsgrad klassischer Kraftwerke hat sich erheblich erhöht, und das durch moderne Technik. Ein dritter Bereich ist der Öl- und Gassektor. Wir stellen immer mehr auf die Verbrennung von Gas um, und hier gibt es einen ständigen Wettbewerb zwischen elektrischen und Verbrennungslösungen. Gerade in Zentraleuropa haben wir immer mehr Aspekte der Energieeffizienz und der Emissionseinsparung auch in diesem Sektor.

Im Bereich der Windindustrie haben wir folgenden Trend festgestellt: In all den Standorten, wo Windindustrie begonnen hat, sich zu entwickeln – in Salzbergen, in Rendsburg, in Aurich –, bestehen diese Firmen heute noch und sind dort zentrale Arbeitgeber. Oft arbeiten diese Firmen nicht mehr unter ihrem ursprünglichen Namen, aber dort, wo diese Industrie entwickelt wurde, gibt es heute noch die Arbeitsplätze. Teilweise sind mittlerweile Großfirmen wie Siemens, General Electric, AREVA, ALSTOM dort eingestiegen, aber für diese Regionen hat sich die Förderung dieser Industrie in jedem Fall gelohnt. Ich glaube, die Windindustrie ist mittlerweile in einem Konsolidierungsprozess. Wir sehen eine ähnliche Sturm- und Drangphase im Bereich der Photovoltaik. Ich glaube, darauf wird Herr Dr. Grunow noch eingehen wollen.

Neben der Energieerzeugung mit regenerativen Energien – das hatte ich schon erwähnt – ist die Verbesserung der klassischen Kraftwerkstechnik ein ganz wichtiger Punkt. Hier ist Berlin ein wichtiger Standort. Sie wissen: Siemens baut hier Gasturbinen, MAN Turbo ist hier, ALSTOM hat ein Werk hier, aber es gibt auch eine ganze Reihe Zulieferer wie unser Unternehmen. Hier ist auch unter dem Gesichtspunkt Green Economy ein erhebliches Potenzial, um Emissionen zu sparen, aber gleichzeitig die wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplätze in der Stadt zu sichern.

Im Bereich der Energieeffizienz ist die Optimierung von Prozessen ein ganz wichtiger Punkt. Hier gibt es Möglichkeiten, durch geregelte Antriebe, durch Energiesparmotoren erhebliche Potenziale zu sparen. Der Zentralverband der elektrotechnischen Industrie – der ZVEI – hat ermittelt, dass auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland pro Jahr etwa 38 000 Terawattstunden eingespart werden könnten, würde man moderne anstatt vorhandener Technik und mechanischer Lösungen einsetzen.

Welche Lösungen können wir in Berlin anstreben? – Ich kann Ihnen im Interesse der Arbeitsplätze, aber auch im Interesse der Energieeinsparung nur empfehlen, diese Industrien zu fördern, also die Industrie, die sich mit regenerativen Energien befasst als auch mit klassischer Kraftwerkstechnik. Bei der Energieeinsparung betrachten wir Lebenszeitkosten, nicht nur die Investition, sonst kommen Sie immer zur billigsten Lösung. Wenn Sie den Prozess über 20 Jahre, also über die Lebensdauer, betrachten, dann zahlt sich Energieeinsparung immer aus. Wir sehen das beispielsweise im Bereich der Deutschen Bahn. Die Deutsche Bahn schreibt so aus, und die früheren Landesbetriebe Berlins sind eigentlich gut mit dabei.

Abschließend möchte ich sagen: Für unser Unternehmen ist die Forschungs- und Wissenschaftslandschaft, die wir in Berlin haben, ein ganz wesentlicher Faktor. Hier möchte ich die Hochschulen an erster Stelle nennen, die nicht nur unseren Nachwuchs ausbilden, sondern auch wichtige Forschungspartner für uns sind. Da gibt es natürlich noch Verbesserungsmöglichkeiten, aber ich glaube, Berlin ist hier doch sehr gut aufgestellt. Ein zweiter Bereich sind die Institute. Wir haben zusammen mit dem Fraunhofer-Institut unsere Photovoltaiklösung entwickeln können, und das hat uns erheblichen Zeitvorsprung zu einer eigenen Entwicklung gegeben. Hier würde ich Ihnen empfehlen zu investieren, denn wir werden nur mit Esprit und Know-how unsere Position sichern können. – Ich stehe Ihnen gern für Fragen zur Verfügung.

Stellv. Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Dr. Krämer! – Herr Dr. Grunow, bitte!

Dr. Paul Grunow (PI Photovoltaik-Institut Berlin AG): Schönen Dank für die Einladung! – Ich bin Berliner, habe in Berlin Physik studiert, nach einem Auslandsaufenthalt in Brasilien die Firmen SOLON und Q-Cells AG maßgeblich mit aufgebaut und bin einer von drei Vorständen des Photovoltaik-Instituts, das Photovoltaikmodule testet, sich damit finanziert und sich daraus FuE-Arbeit leisten darf.

Ich bin außerdem Unternehmensbeirat in einem E-Capital-Cleantech-Fonds, der sich Cleantech und nicht Green Economy nennt, aber im Prinzip genau dasselbe meint, also erneuerbare Energien, erneuerbare oder nachhaltige Materialien, Wasser und Mobilität. Ich denke, es ist gar nicht so eine Frage, das zu verteidigen. Bei diesem Fonds ist es die Frage, ob es mittelfristig oder längerfristig relevant wird. So ein Fonds setzt immer auf Mittelfristigkeit.

Es ist gar nicht so die Frage für Berlin, für diese Technologien Reklame zu machen, sondern diesen Aspekt zu besetzen oder eben nicht. Die Stadt ist als Mauerstadt in der Welt bekannt und zieht auch weiterhin junge Menschen mit dem Argument hierher. Das heißt, die Stärke Berlins ist mitnichten die Industrie. Das würde ich verneinen wollen. Die Stärke ist: Es ist eine Kulturhauptstadt gewesen, und das ist immer noch so. Die Kneipendichte hat sich verdoppelt. Berlin ist keine Industriehauptstadt, sondern eine Lebestadt. Den Wunsch nach mehr Industrie und das, was da ist, miteinander zu verheiraten, ist die Kunst, die die Berliner Politik leisten kann. Die Berliner Universitäten bieten Forschungsaktivitäten in dem Bereich. Man muss einem Maschinenbauer nur an die Hand geben, dass er ein bisschen in diese Richtung gehen soll. So etwas kann man über Forschungsprogramme, über Schwerpunkte setzen. Man muss einfach nur „green“ davor schreiben, und dann passiert da auch etwas. Unser Gastgeber, die TU Berlin, ist ein schönes Beispiel dafür. Wir sind dort Mieter und Kooperationspartner. Diese Universität kämpft um den Exzellenzstatus, hat ihn auch mit der FU irgendwie erreicht, aber da hat man so ein bisschen den Zwiespalt, dass die alteingesessene Wissenschaft die Freiheit der Forschung behalten und diese Herren nicht gängeln will. Darum geht es auch gar nicht. Freiheit der Forschung halte ich auch für wichtig, aber man kann es zumindest ausschreiben: Wir wollen Green Economy besetzen, und zwar für Berlin.

Weil ich als Photovoltaiker gefragt worden bin: Den Firmen SOLON und Q-Cells geht es inzwischen gar nicht mehr so gut. Anscheinend haben sie es auch nicht besser als Siemens und AEG zehn Jahre vorher gemacht, als sie die Photovoltaik an den Nagel gehängt haben. Das Problem ist auch dort wieder der Druck aus Fernost. Gerade wenn es darum geht, immer wieder dasselbe Produkt aufs Band zu legen – oder noch nicht mal aufs Band zu legen –, sind die Chinesen unschlagbar. Umso mehr meine ich – da arbeiten die beiden Firmen in eine richtige Richtung –, dass es gar nicht darum geht, nur zu produzieren. Ingenieursleistung meint auch Planung von großen Netzen. Die Bundesbahn verkauft irgendetwas nach Arabien. Herzlichen Glückwunsch! Das kann man auch mit Photovoltaik tun. Dass Firmen wie Siemens und die AEG-Nachfolger aufgerufen sind, sehe ich auch so. Das ist die Chance dieser Firmen. Berlin wird solche Firmen schwer gründen können, aber eine Stadt, die so viele Studenten hat, vor allen Dingen Studenten, die nicht nach Berlin kommen, um eine schnelle Karriere zu machen, sondern ein bisschen nonkonformistisch denken, ich will was anders machen, die kann man benutzen, um diese Inhalte – Green Economy – zu besetzen und sie zu ermuntern, eigene Firmen zu gründen, die dann meinetwegen auch mal gekauft werden können. Ich glaube, dass Berlin davon leben kann, dass Eigeninitiative und Kreativität, so was Buntes – nicht arm, aber sexy –, dass hier mit weniger und nur mit der Hand in den Mund gearbeitet werden kann und man sich gar nicht mit so wirtschaftlich kräftigen Städten wie Hamburg und München vergleichen muss. Berlin darf eine eigene Masche fahren, und das führt einen ganz klar über die vorhandenen Universitäten und Institute – uns eingeschlossen –, die als Knotenpunkt für die Industrie, die sich um Berlin, gerade im Bereich von allem, was neu ist – wegen der GA-Mittel, der EU –, dass man das ausnutzen sollte, um die Industrie nach Berlin zu ziehen, sei es als Headquarter oder als Forschungs- und Entwicklungsstandpunkt. Das geht aber nur über einen Push auf die Universitäten oder gar Weiterausbau der Universitäten. – Schönen Dank!

Stellv. Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Dr. Grunow! – Als Letzter Herr Hager von der IG Metall – bitte sehr!

Arno Hager (IG Metall): Herr Dr. Grunow! Sie haben mir eine wunderbare Vorlage geliefert. Was Berlin angeht, glaube ich auch, dass es aktuell so ist, dass Berlin als Kultur-, Wissens- und Politikstadt bekannt ist, nicht als Industriestadt. Ich wäre froh, wenn es uns gelingen würde, auch Industriestadt zu sein. Wie kann

man das erreichen? – Es ist schon einiges gesagt worden. Wenn man mal im historischen Vergleich schaut: Berlin hat im Vergleich zum Bundesgebiet immer eine sehr starke Elektroindustrie und sehr viel mit Energiemaschinenbau zu tun gehabt. Berlin hat die vergangenen Jahrzehnte, inklusive Mauer, deutlich unter diesem Segment gelitten, weil die Leitbranchen in Deutschland der Fahrzeugmaschinenbau, insbesondere die Automobilindustrie und der Maschinenbau waren. Wir sind jetzt, glaube ich, in der Lage, mit den veränderten Nachfragestrukturen, auch weltweit, dass Berlin die Elektroindustrie – – Davon ist eine Menge übrig geblieben, viel zu wenig, weil wir eine definierte und konstatierte Industrielücke haben, wenn wir uns im europäischen Vergleich sehen.

Ich will eines sagen: Wenn ich für Industrieentwicklung plädiere, dann schließt das ein, die Kreativität, die Lebenschancen, die man hier in Berlin hat, so bunt wahrzunehmen, wie sie da sind, und gleichzeitig würde mehr Industrie heißen: höhere Wertschöpfung in den Dienstleistungsbereichen und Lebenschancen für viele Menschen, deshalb mehr Lebenschance für viele Menschen, und zwar einmal quer durch die Sozialstruktur. Ich begrüße es, wenn hier das Thema Greentech angesprochen wird, weil es mir so zu sein scheint, dass man mit Greentech ein Label für Berlin bekommen kann, wie man die Potenziale, die hier an Industrie sind, stärker nach außen sichtbar machen kann. Sie hatten das Beispiel Photovoltaik genommen. Es ist kein Zufall – ob ich MAN oder Siemens mit der Gasturbine, mit ihren Dynamos nenne –, dass die nicht in der Krise sind, denn sie stellen im Jahr für den ganzen Weltmarkt – ich nehme mal die Turbinen, die Siemens herstellt – 36 Turbinen her. Ich weiß nicht, wie viele dieser Solarzellen von SOLON hergestellt werden, aber es ist ganz klar, dass es in China nicht die Schnittstelle der Wissenschaften gibt, nicht die Menge an Ingenieuren ausgebildet wird und nicht die Facharbeit in dem Maße existiert wie in Deutschland, wo so etwas in einem ganz kleinen räumlichen Zusammenhang stattfindet. Gerade das kann nicht so einfach kopiert werden. Ich bin beeindruckt, was sowohl – – Deshalb ist Nokia-Siemens ein Thema. China und SOLON, Sulfercell usw., das sind Themen, weil an der Stelle die Universitäten in China total darauf ausgerichtet und Tausende von Wissenschaftlern und Studenten auf diesen Bereich konzentriert werden. In anderen Bereichen – wenn ich mir den Energiemaschinenbau anschau – geht das gar nicht so, weil diese Produkte genau genommen viel komplexer sind, auch wenn sie heutzutage zur Old Economy zählen. Klar, der Generator ist über 150 Jahre alt, die Turbine gibt es auch schon über 100 Jahre. In die Köpfe – an erster Stelle die der Berliner – zu bekommen, dass wir keine Konkurrenz zwischen Photovoltaik, großen und kleinen Unternehmen, Traditionen und aus der Universität Ausgründungen machen, sondern dass man schaut, wie wir aus dieser Mischung hier in Berlin eine Dynamik hinbekommen. Mir persönlich wird sehr viel von Wissenschaft in Berlin geredet, auch von den Studenten. Das finde ich prima. Ich schätze, wenn wir da mehr Power hineingeben könnten, dann könnten auch dieser ganze Wissenschaftsbereich und die Studenten, die da sind, in einem ganz anderen Maße für Berliner Unternehmen genutzt werden, weil wir in Berlin – anders als in München, Frankfurt, Hamburg oder sonst wo – ein Thema haben, dass sich die großen Universitäten 40 Jahre auf einen Raum außerhalb Berlins fokussiert haben, was die Industrie angeht, und dass die Industrie außerhalb auch viel größer war. Siemens in München ist für die Universität viel leichter identifizierbar als Siemens in Berlin mit einem Werk mit 2 500 Beschäftigten, das nächste mit 600, das dritte hat dann 1 800, das vierte 400 mit völlig anderen Themen. Wir haben hier die Herausforderung, wie wir die sehr differenzierte Landschaft mit diesen großen Universitätstankern günstiger bedienen können. Das ist meines Erachtens eine sehr anspruchsvolle und überhaupt keine triviale Aufgabe, würden wir da in einem anderen Maße schauen.

Ich habe mir beim Thema F und E mal herausgesucht, was Firmen so wünschen, bin auf 15 – vom Entwicklungsprojekt bis zur Verbundkooperation – Transferleistungen gekommen und habe festgestellt, dass wir ungefähr zehn unterschiedliche Vermittlungsinstitutionen haben. Wenn ich eine Matrix daraus mache, kriege ich genau das hin, was ich in Berlin häufiger wahrzunehmen glaube, nämlich eine hochgradige Komplexität, und manchmal würde ich das sogar Chaos nennen. Würde man weniger von der Wissenschaft reden und mehr für systematischen Transfer tun – – Das Gleiche, das war jetzt nur F und E – – Ich glaube, bei den Unternehmen interessiert zu – ich schätze mal – 90 Prozent nicht die Frage direkter Transfers, sondern: Wie komme ich an die Studenten? Wie komme ich an die Ausgebildeten heran? – Wenn ich mir das angucke, ist die Landschaft noch einmal komplexer. Das heißt, wenn wir es mit diesem Thema Greentech schaffen könnten, die Universitäten stärker mit den größeren Betrieben zu verlinken, die hier sind – – Ich persönlich glaube nicht, dass wir durch große Neuansiedlungen von unserem Elend erlöst werden. Wir müssen schauen, wie mit den Ressourcen, die wir haben – und das sind einige –, die Unternehmen systematisch gefördert werden, die hier sind, dass wir die, die neu entstehen, mit den großen verlinken, und bei den großen finde ich es einen

absurden Gegensatz immer das Thema: große Industrie – wir müssen den Mittelstand fördern. Wenn ich eine Matrix aufmache, wie der Mittelstand als Zulieferer an diesen großen Tankern dranhängt, dann ist das eine gegen das andere zu setzen aus meiner Sicht ökonomischer Analphabetismus. Das heißt, ich muss beide fördern. Ich muss das vorhandene Netzwerk fördern und Power darauf bringen.

Meines Erachtens ist dieses Thema „Green“, insbesondere mit diesen ganz alten Traditionswerken auch von Siemens, die Netzsteuerung in Stromnetzen machen bis hin zur Bahntechnik – – Wenn wir es stärker schaffen, diese kleineren, die Unternehmen, von denen Sie geredet haben, auch die Start-ups, stärker zu verlinken und ein Stück die Überkomplexität in Berlin in stärkere Strukturen zu bringen, dann bin ich sehr zuversichtlich, dass das ein Thema ist, das auch nach außen wirkt. Meine Fantasie, die ich dabei habe: Wenn es darum geht, dass in den größeren Konzernen Entscheidungen getroffen werden, dass dann diejenigen, die das zu entscheiden haben, wenn sie darüber diskutieren, immer an einem Punkt im Kopf haben: Aha, da war doch was in Berlin, da haben wir doch was in Berlin. – Wenn wir so weit sind, bin ich sehr zuversichtlich, dass wir dann Beschleunigungsprozesse hinkriegen. Ein ganz wichtiger Punkt ist dafür auch, dass ein stärkeres Klima in Berlin geschaffen werden muss, bis hinein in die Verwaltungen, dass Leute wie Herr Dr. Krämer von Converteam sagen können, wenn er mit der Berliner Verwaltung zu tun hat: Wir fühlen uns in Berlin, was den Service angeht, bestens betreut. Wir werden in dem, was wir brauchen, von Berlin gut unterstützt. – Das Ganze heißt – um ein mögliches Missverständnis auszuräumen –, dass eine Berliner Industrie, eine Industrie mitten in der Stadt, nie damit Konkurrenzvorteile erarbeiten kann, dass irgendwelche Standards herunterreguliert werden. Im Gegenteil! Mercedes ist dabei, die ganze Fertigung – also nicht nur die Autos – unter Umweltgesichtspunkten und Energieeffizienz zu betrachten, sondern: Wie mache ich das in einer eigenen Produktion? Und wenn ich so etwas mache, ist es ausgeschlossen – wenn ich drei Meter daneben ein Wohngebiet habe –, dass ich das nicht in meine ganzen Planungen und Entwicklungen mit einbeziehe?

Insofern mein Schlusswort: Wir haben, glaube ich, eine Menge Potenzial. Wir haben aber auch eine Menge Aufgaben hier in Berlin, und Berlin wird noch nicht so schnell als die Industriestadt dastehen, aber wenn wir auch Industriestadt werden, ist Greentech ein ganz guter Anknüpfungspunkt, um voranzukommen.

Stellv. Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Hager! – Wir kommen dann zur Aussprache. – Herr Kollege Thiel, bitte sehr!

Volker Thiel (FDP): Danke sehr, Herr Vorsitzender! – Eine kleine Bemerkung: Wenn ich mir die Begriffsdefinition hier ansehe, dann freue ich mich darüber, denn als Vertreter der sozialen Marktwirtschaft habe ich nie einen Widerspruch zwischen Ökologie und Ökonomie gesehen. Das können nur Leute machen, die kein nachhaltiges Wirtschaften im Kopf haben, und das entspricht nicht meinem Verständnis von der sozialen Marktwirtschaft. Insofern ist es schön, wenn das heute um sich greift.

Womit ich ein Problem habe, was sich auch durch Ihre Ausführungen nicht richtig geklärt hat: Was ist eigentlich Green Economy, Greentech oder Clean Economy? Was ist das eigentlich? Fangen wir hier an, etwas zu labeln, das es so gar nicht gibt? – Ich werde fatal an die Industriepolitik der Sechzigerjahre erinnert, und die ist in die Hose gegangen. Das kann es ja nicht sein. Ich habe aber mit großer Freude gehört, dass sich sowohl Herr Werthwein als auch Herr Hager absolut parallel verhalten und mehr auf die Querschnittsaufgabe hingewiesen haben. Gerade bei Ihnen, Herr Hager, hat mir sehr gut gefallen, dass Sie sagten, ausgehend von den vorhandenen Potenzialen hier in der Stadt und nicht differenzieren.

Mich würde interessieren: Welche Rolle kann Politik spielen, innovative Formen zu unterstützen, zu fördern, aber ohne sich auf bestimmte Unternehmensgrößen oder bestimmte Spin-offs zu kaprizieren, sondern genauso – wie ich Sie zumindest verstanden habe – zu sagen: Da haben wir ein Potenzial in traditionellen, in älteren, in großen Unternehmen, aber wir haben hoffentlich mehr Spin-offs dabei, sodass sie animiert, angereizt werden können, in bestimmte Richtungen weiterzugehen, zum Beispiel die Frage von Forschungsförderung: Was ist da politisch zu machen? Haben wir dort Chancen? – und auch – da bin ich als Politiker anderer Ansicht – natürlich den Standort Berlin über Berlin hinaus für junge Leute zu bewerben, die Interesse haben, nicht nur zur Ausbildung nach Berlin zu kommen, sondern vor allen Dingen für eine Perspektive, nach der Ausbildung bleiben zu können. Ein Problem ist ja im Moment immer noch, dass sich viele Menschen hier ausbilden lassen, aber dann keine Berufsperspektive finden. Auch da, meine ich, müssen wir herangehen.

Das Ganze, was sich hinter Green Economy verbirgt, halte ich für sehr wenig aussagekräftig, weil es doch sehr breit und sehr viel ist. Wovon ich warnen möchte – das habe ich vielleicht falsch verstanden, Herr Werthwein –: Niemand in Asien wird sich daran ein Beispiel nehmen, dass wir hier in der Forschung und Innovation weiter sind, wenn ihr Wohlstand darin besteht, den alten, traditionellen Weg weiterzugehen. – Wenn meine Informationen richtig sind, geht in China zurzeit alle 14 Tage ein neues Kohlekraftwerk ans Netz, und das werden sie auch so lange weitermachen, solange sie Energie brauchen. Dass das uns nicht zufrieden sein lassen kann, ist selbstverständlich, aber ich denke, wir müssen auch internationale Angebote unterbreiten können, damit diese Staaten, die im Aufbau sind, die Wohlstand für ihre Menschen erzeugen wollen, überhaupt eine Chance bekommen, Wohlstand zu mehren. Das werden wir natürlich nicht mit der Attitüde „Wir sind euch schon wieder einen Schritt voraus“ leisten können, wenn sie sich das nicht selbst auch leisten können. Da müssen wir, meine ich, eine Verbindung hinbekommen. Das eine sind also die Forschungsbereiche, und das andere ist sicherlich auch, zur Kenntnis zu nehmen, dass andere Länder in ihrer Entwicklung längst noch nicht so weit sind, auch wenn das umweltbelastende Momente mit sich bringen wird.

Stellv. Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Thiel! – Herr Kollege Friederici, bitte!

Oliver Friederici (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich war selbst auch auf dieser Veranstaltung letzten Dienstag, und ich fand das dort für meine Fraktion Gesagte und Vorgestellte sehr sinnvoll für unsere Stadt. Bei all dem, was dort nicht nur erklärt, sondern auch definiert wurde, liegen die Zukunftschancen in der Green Economy als Nachfolgeindustrie der althergebrachten Schwerindustrie, mechanischen Industrie, die wir in Berlin hatten, oder auch der verlängerten Werkbank. Dazu muss man nicht mehr viel sagen. Diese Green Economy sollte nicht nur als zartes Pflänzchen, sondern als kräftige Pflanze in Berlin weiter gepflegt werden. Deswegen kann ich nicht so ganz nachvollziehen, Herr Thiel, dass Sie solche Definitions- und Erklärungsprobleme haben, denn das erklärt sich eigentlich nach dem, was wir dort auch alles erlebt und gehört haben.

Diese Wirtschaftskonferenz ist sicherlich eine sehr sinnvolle Konferenz gewesen, aber dabei darf es natürlich nicht bleiben. Die Wirtschaft in Berlin mit inzwischen knapp unter 100 000 Industriearbeitsplätzen braucht dringend neue Handlungs- und Tätigkeitsfelder, und die Wirtschaft, die nach Berlin kommt – Herr Hager, was Sie gesagt haben, ist völlig richtig. Man muss das pflegen, was man hat, aber wir sollten die Erwartungshaltung nicht aufgeben, neue Industrien in diesen Green-Economy-Bereich zu bekommen, zum Beispiel Zuliefererfirmen, die Sie auch ansprachen, SOLON, Sulfurcell und etliche andere. Wir sollten diesen Anspruch nicht aufgeben und diesen Cluster bei optimaler Erschließung der vorhandenen Felder weiter entwickeln. Wenn wir in Berlin diese Industrie weiter ausbauen wollen, müssen bestimmte Fakten weiter professionalisiert und deutlich besser herausgestellt werden.

Grundstücke haben wir in Berlin sehr viele. Wir haben den Standort Adlershof, von dem ich noch weiß, dass es gerade im linken Bereich sehr viele Widerstände gab, 1990, 1991, 1992 unter der großen Koalition entwickelt, er ist ein Erfolgsfaktor, der sich jetzt – 20 Jahre später – durchaus auszahlt. Der Standortfaktor Adlershof zeichnet sich auch durch optimal gute, strategische Verkehrsanbindung aus. Wir haben dort nicht nur den Teltowkanal, der sicherlich seinerzeit hätte – Da waren die Erwartungshaltungen größer. Vor allen Dingen auch durch die Stadtautobahn, die Autobahnerweiterung, den Flughafen. Da steht und fällt meiner Meinung nach sehr vieles mit dem gefundenen Kompromiss, was das Nachtflugverbot betrifft und die Ausnahmen, die

geschaffen worden sind. All das gehört nämlich zu einem Gesamtkomplex, um in Berlin Unternehmen ansässig werden zu lassen bzw. auch zu halten. Wir sollten uns nie sicher sein, dass diese Unternehmen in Berlin bleiben und hier für ewig und immer produzieren und Arbeitsplätze und Steuerkraft nach Berlin bringen.

Von daher habe ich auch an die Anzuhörenden die zentrale Frage: Wir haben demnächst möglicherweise einen neuen größeren Standort, beispielsweise den dann ehemaligen Flughafen Tegel. Wie sehen Sie den Stellenwert dieses Flughafens Tegel bei Ihren Einschätzungen, was die Installation oder die Ansiedlung entsprechender Green-Economy-Betriebe und -Unternehmen betrifft? Wie sehen Sie die Zukunftschancen – weil ja immer gesagt wurde, wir sind kein Standort für den Kfz- oder den Automobilbereich –, was auch in dem von Herrn Hager geführten Kolloquium „Verkehrsmobilität“ für die Zukunft bezeichnet und auch behandelt wurde? Wie sehen Sie die Zukunft des Automobilstandortes in Berlin, wenn ich in Richtung Elektroautomobile, Hybridantrieb und auch möglicherweise später einmal die Brennstoffzelle sehe? Wie sehen Sie diese Situation? Wie schätzen Sie diesen neuen Standort Marzahn-Hellersdorf ein? Der dortige Wirtschaftstadtrat Gräff – es wird Sie nicht verwundern, er ist natürlich von unserer CDU – hat ein gewisses Kleinod geschaffen und ist kräftig bemüht, dass dort Industrien in dem Bereich der Solarindustrie angesiedelt werden. Was, denken Sie, ist die Zukunft dieses Standortes im Gesamtverband für unsere gesamte Stadt?

Stellv. Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Kollege Jahnke, bitte!

Frank Jahnke (SPD): Danke, Herr Vorsitzender! – Ich habe zunächst eine Frage an die beiden Industrievertreter zu der Geschlossenheit der Wertschöpfungsketten. Sie haben schon erwähnt, dass Sie durchaus mit dem Berliner Mittelstand kooperieren können. Auch Herr Hager hat sehr eindrucksvoll ausgeführt, dass sich eine Mittelstandsförderung und eine Förderung der Industrie nicht widersprechen, sondern – im Gegenteil – dass man durch die Wertschöpfungskette den Mittelstand hoffentlich mit erwischt. Inwiefern können Sie auf den regionalen Markt der Berliner Zulieferer zurückgreifen, oder inwiefern fehlen wichtige Teile in der Wertschöpfungskette der Energieerzeugung und der Energieeffizienz?

Mich würde auch die Zulieferung – in Anführungszeichen – der Berliner Hochschulen für die Unternehmen interessieren. Herr Dr. Krämer hat die Kooperation mit den Berliner Hochschulen gelobt, auch beim Wissenstransfer, während Herr Hager – dieser Widerspruch fiel mir auf – darauf hinwies, dass wir zehn verschiedene Institutionen hätten, die sich in Berlin mit dem Thema Wissenstransfer befassen, und insofern herrscht ein kleines Chaos. Ich würde gern aus der Sicht des Praktikers hören, ob dieses Chaos für Sie tatsächlich ein Problem ist oder ob Sie wissen, an welche Institution Sie sich innerhalb der Berliner Hochschullandschaft zu wenden haben, wenn Sie bestimmte Dinge wissen wollen oder wenn Sie Personal suchen.

Ich komme damit zum Personal und zu einem Punkt, mit dem ich in der Darstellung von Herrn Dr. Grunow nicht ganz einverstanden war. Es mag sein, dass Sie den Status quo mit der Kulturstadt, der Kreativenstadt, in die die Studenten gern kommen, richtig beschrieben haben, aber tatsächlich würde es nur weiterführen, wenn ein Student nicht nur hierher kommt, weil man hier eben nicht Karriere plant, wie Sie sagen. Das ist eigentlich keine langfristige Entwicklung für Berlin. Das geht in Richtung „arm, aber sexy“, was wir ja alle nicht wollen, am wenigsten der Senat, sondern wir wollen mit dieser Stadt vorankommen. Dann müssten die Studenten, wenn sie fertig sind, eigentlich in Berlin bleiben können und nicht – wenn sie Karriere machen wollen – doch nach München oder Stuttgart wechseln müssen. Das heißt, hier wäre ein wichtiger Punkt, wo eigentlich die Reindustrialisierung Berlins vorangehen kann. Da, glaube ich, sind tatsächlich die grünen Ingenieurfächer – wenn man sie mal so nennen will, auch wenn Herr Thiel nicht ganz verstanden hat, was das Grüne daran sein soll – – Aber es ist in diese Studiengänge integriert. Die Fächer werden zunehmend grün. Es ist nicht etwas – das ist ja auch das Missverständnis Ihres Fraktionsvorsitzenden gewesen –, was außerhalb der herkömmlichen Erzeugung liegt, sondern es wird zunehmend integraler Bestandteil sein, wie auch in dieser sehr guten Broschüre zur Wachstumsinitiative, die Herr Werthwein hier ausgelegt hat, dargestellt wird, welche verschiedenen Bereiche in Berlin vorhanden sind und wo wir die Stärken haben.

Herr Löscher hat in seinem Vortrag am vergangenen Dienstag einen interessanten Aspekt angeführt, den man in zwei Richtungen verstehen kann. Er sagte: Würde in China und in den USA der Standard so sein wie bei uns in Deutschland, dann würden wir beim Klima und bei der Energieeffizienz ganz andere Erfolge erzielt haben. – Das kann man einmal so verstehen – ich hoffe, so hat er es nicht gemeint –: Wir in Deutsch-

land haben jetzt genug geleistet, und damit können wir uns ausruhen. Die Amerikaner und Chinesen sollen mal etwas tun. – Ich hoffe, er meinte die andere Seite damit: Wenn man die gesamte Welt auf so einen Standard bekommen wollte, was hinsichtlich der Klimaerwärmung auch nützt, dass wir dann in Deutschland Chancen haben. – Wir haben die Zahlen gehört. Hier sind die Berliner mit den Beschäftigten in einem sehr guten Maße bisher an der Umweltindustrie beteiligt. – Danke!

Stellv. Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke sehr! – Als Nächster der Kollege Ratzmann, bitte!

Volker Ratzmann (Grüne): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Thiel! Es wundert einen schon ein bisschen, dass die FDP scheinbar nicht in der Lage ist, die Zeichen der Zeit zu erkennen. Das gilt sowohl auf Bundesebene für den neuen Bundeswirtschaftsminister, der scheinbar auch nicht in der Lage ist zu erkennen, wie eine Ausrichtung, eine Wirtschaftsstrukturpolitik in der Bundesrepublik sein soll, und das scheint auch hier in Berlin nicht besonders weit verbreitet zu sein. Deswegen bin ich umso froher, dass wir zumindest von einem anderen Vertreter aus dem bürgerlichen Lager durchaus Erfreuliches lesen konnten, nämlich von unserem neuen Bundesumweltminister, Herrn Röttgen, der kürzlich in einem Zeitungsinterview gesagt hat:

Dass wir ohne Bedingungen in Vorleistung treten, ist das Besondere. Und das ist klug so. ... Weil Klimaschutz, das ist mir jetzt erst richtig klar geworden, insbesondere auch die Modernisierung von Volkswirtschaften beinhaltet. Jetzt zu investieren, ist kluge, strategische Wirtschaftspolitik. Andere konservieren mit Beihilfen ihre veralteten Strukturen. Wir investieren in neue.

Ich glaube, das ist genau die richtige Ausrichtung, die ein Industriestandort, ein Hochtechnologiestandort wie die Bundesrepublik jetzt vornehmen muss, wenn sie die Zeichen der Zeit richtig deutet.

Wir haben Anfang November hier in Berlin den wohl bekanntesten Ökonomen, der sich mit den Fragen des Klimawandels auseinandergesetzt hat, an der TU mit einer Ehrendoktorwürde geehrt: Sir Nicholas Stern. Er ist einer derjenigen, der, glaube ich, am nachhaltigsten darauf hingewiesen hat, dass Klimawandel neben seiner Bedeutung als Menschheitsfrage auch eine ökonomische Dimension entwickelt hat. Die Zahlen und Berechnungen, wie hoch der Investitionsbedarf ist, den die Weltgemeinschaft vornehmen muss, um die Folgen dieses Klimawandels abzuwenden, variieren, aber man ist wohl so im Mittel der Meinung, dass wir 1,8 Billionen US-Dollar weltweit investieren müssen, um die Folgen des Klimawandels so abzumildern, dass wir nicht einen Demokratieverlust und einen sozialen Sprengsatz international wie national für die Staaten mit heranziehen. Ich glaube, das ist genau der Punkt, den wir auch in unsere Betrachtung für eine ökonomische, für eine Wirtschaftsstrukturpolitik hier in Berlin mit ins Auge fassen müssen.

Der von mir sehr geschätzte Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Landesverband Berlin-Brandenburg, Dieter Scholz, hat auf einer Tagung gesagt, er halte es für die Aufgabe der deutschen Industriepolitik, die ökologischen Herausforderungen der Welt mitzumeistern. Ich glaube, das ist genau der Ansatzpunkt. Er hat völlig recht. Wenn wir es ernst nehmen wollen, dann müssen wir – so wie Röttgen es sagt – da herangehen, die Volkswirtschaften umzubauen, und dann müssen wir das auch als eine zentrale wirtschaftliche Herausforderung für uns begreifen. Das heißt aber auch, dass Berlin seine gesamte wirtschaftliche Struktur auf diese Märkte ausrichten muss, und es werden sich entwickelnde Märkte sein, 1,8 Billionen US-Dollar weltweit. Da ist ein Markt am Entstehen. Da sind eine menschheitliche Notwendigkeit und ein Markt am entstehen, den Berlin nutzen kann. Herr Thiel! Ich verstehe einfach nicht, wie man in dieser Situation ökonomisch überhaupt noch die Frage stellen kann, wie man so ein Window of Opportunity in dieser Situation nicht nutzen kann.

Ein entscheidender Satz, den Herr Werthwein gesagt hat, ist doch – und das scheint mir die Chance für Berlin zu sein –: Industrie wird dahin gehen, wo bereits etwas ist. – Wir haben 550 Unternehmen hier am Ort, die sich bereits mit dieser Frage beschäftigen, wir haben 42 000 Beschäftigte, die in diesem Sektor arbeiten. Dann haben wir eine Struktur in Berlin, die genau dieser Speck ist, mit dem man die Green-Economy-Maus, die sich jetzt in der Bundesrepublik aufmacht, fangen kann, und wir müssen es tun. Herr Hager hat völlig zu Recht gesagt: Es ist die Chance für Berlin, sich aus dem Elend zu [unverständlich]. – Wir sind wirtschaftspolitisch immer noch in einem Elend. Wir haben einen riesigen Nachholbedarf hier in der Stadt, an die wirtschaftliche Entwicklung anzuknüpfen, was andere westdeutsche Regionen schon längst gemacht haben. Also müssen wir die politischen Rahmenbedingungen definieren, damit Entwicklung in diesem Bereich stattfin-

det, und wir dürfen, glaube ich, nicht nur auf die Wirtschaftsunternehmen gucken: Da entwickelt sich irgendetwas –, und wir stehen staunend davor, sondern Aufgabe ist es, die Rahmenbedingungen umfassend auch neu zu verstehen und darauf hinzuwirken. Deswegen ist es völlig richtig, was Herr Grunow sagt. Wir sind eine Lebestadt, ja, und dann reden Sie mal mit Firmen wie Inventux, die sich hier angesiedelt haben. Die sagen Ihnen ganz klar: Wir sind nach Berlin gegangen, weil wir die Führungskräfte und Ingenieure und Ingenieurinnen, die wir brauchen, nicht nach Pirna kriegen, sondern wir kriegen sie nach Berlin, weil sie hier das Kulturangebot, die Lebestadt haben und weil sich es hier gut leben lässt. – Das ist ein Pfund, das wir brauchen. Es wird darum gehen, diese einzelnen Ansatzpunkte miteinander zu verbinden und zu einer Gesamtstrategie zu machen. Wissenschaft – das Stichwort ist bereits genannt worden – ist einer der herausragenden Pfeiler und Institutionen, die wir in diesem Bereich brauchen. Die Frage, die sich jetzt für uns alle stellt, ist: Was können wir an politischen Rahmenbedingungen setzen, um diesen Prozess im Standortwettbewerb in der Bundesrepublik für uns so zu gestalten, dass Berlin die Vorteile, die es hat, tatsächlich vermarkten kann? Wir befinden uns in einer Wettbewerbssituation, und in dieser Wettbewerbssituation ist es unsere Aufgabe als Politik, die Rahmenbedingungen so auszurichten, dass wir genau diese Aufholjagd in der wirtschaftlichen Entwicklung letztendlich produktiv gestalten können.

Da sage ich Ihnen ganz ehrlich: Ich finde es gut, wenn es so etwas gibt wie eine Konferenz Green Economy. Ich finde es gut, wenn es die Messe Cleantech in Berlin gibt, zu der unheimlich viele Aussteller, junge Leute mit innovativen Ideen kommen. Aber ich frage mich natürlich auch: Reicht es, eine Konferenz im Roten Rathaus zu machen und dort ein paar schöne, wohlgesetzte Reden zu hören und dann wieder auseinanderzugehen und wie das Kaninchen vor der Schlange zu sitzen und zu sagen, da entwickelt sich etwas oder da entwickelt sich nichts? Ich habe auf dieser Konferenz vermisst, Herr Wolf, dass Berlin mit einem konkreten Vorschlag aufwartet und sagt: Wir machen diesen Aufschlag, aber wir bieten auch ganz konkret etwas an, sei es eine neue Kooperation zwischen Daimler, der Bahn und Bombardier, um neue Mobilitätskonzepte in der Stadt nach vorn zu bringen, sei es eine Kooperation zwischen Siemens und der Bildungsverwaltung, um zu sagen, wir kooperieren jetzt auch, um die Bildung auf eine ganz neue Stufe zu heben, sei es mit einem Pakt, wie es Rüttgers jetzt in der Rhein-Ruhr-Region macht und sagt: Er legt einen Pakt zwischen den Unternehmen und der Politik, einen Rein-Ruhr-Pakt auf, um einen Impuls zu setzen. – Ich glaube, das sind die Fragen und Projekte, die wir letztendlich diskutieren und nach vorn bringen müssen. Da hinkt die Berliner Politik den Notwendigkeiten und den Anforderungen bisher meilenweit hinterher.

Ich würde gern von Ihnen wissen, meine Herren: Wo sehen Sie denn die Defizite? Arno Hager hat schon leicht zögerlich angesprochen: Man müsste vielleicht mehr Service in der Verwaltung haben, um sich auch wohlgesetzt aufgehoben zu fühlen. – Herr Werthwein hat angesprochen, dass wir eine andere Flächenvermarktung brauchen. Sie haben recht! Es ist ein positives Zeichen, wenn Berlin sagt: Wir bauen Tegel zu einem Technologie-Industriestandort aus, mit dem man auch etwas anfangen kann. – Herr Krämer hat von Förderung gesprochen, die in anderen Regionen dazu geführt hat, dass diese Art von Industrie gewachsen ist und sich angesiedelt hat. Welche Anforderungen sehen Sie an uns, an Politik, um Rahmenbedingungen zu verbessern, um sowohl das Sichentwickeln von unten, auch von kleineren Firmen zu befördern, aber auch die Ansiedlungspolitik von außen? Das wäre meine Frage an Sie und die Bitte, dazu noch einmal ein paar Ausführungen zu machen. – Danke!

Stellv. Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke sehr! – Frau Holzheuer-Rothensteiner, bitte sehr!

Bärbel Holzheuer-Rothensteiner (Linksfraktion): Danke, Herr Vorsitzender! – Es ist jetzt ein bisschen schwierig nach dieser staatstragenden Rede von Herrn Ratzmann, wobei ich das nur unterstützen kann. Das Problem Klima und Energie ist ein Weltproblem. Das ist kein städtisches, kein europäisches Problem, und es betrifft alle Volkswirtschaften, und deswegen muss man es sich volkswirtschaftlich ansehen.

Ich habe ganz kleinteilige Fragen an unsere Anzuhörenden. Ich fand es spannend, auch Herr Thiel hat es vorhin erwähnt, dass es im Grunde zwei Auffassungen gab. Auch zwischen Herrn Werthwein und Herrn Hager ist das ganz deutlich geworden. Herr Werthwein! Sie haben vertreten, was ich benennen würde als: Wir sagen alle, wir haben große Klima- und Energieprobleme, die schnelle Lösungen fordern. Wir müssen uns jetzt schnell aufstellen, wenn wir eine Lösung haben, um dann schnell an den wichtigen Märkten zu sein, damit wir dann auch dabei sind. – Sie haben Punkte genannt, wo sich eben schnell auch Schule, die Bildung

verändern muss, und Sie haben es meiner Meinung nach völlig anders gesehen, als Herr Ratzmann es eben geschildert hat. Sie haben geschildert, wie Wirtschaft Märkte mitbestimmen und auf Märkte gehen und schnell bei der Lösung der großen Probleme sein kann, haben aber weniger an Volkswirtschaften gedacht und an das, was auf die Menschen, auf die Weltgesellschaft zukommt oder jetzt schon da ist, was jetzt schon von uns an gemeinsamer Lösung gefordert wird.

Demgegenüber hat Herr Hager ein ganz anderes Potenzial angesprochen, nämlich nicht, wie sich einige Industrien ganz schnell nach vorn bewegen können, um dann dabei zu sein, sondern: Wie können wir es schaffen, dass Volkswirtschaften – auch diese kleine Insel Berlin mit allen Potenzialen, die sie hat – sich so entwickeln können, dass sie allen Menschen zugutekommen? Dass Entwicklung in der Green Economy allen Menschen zugutekommt, hat auch einen sozialen Anteil, das hat auch eine kulturelle Dimension, das hat vor allem die Dimension, alle mitzunehmen und nicht auszuschließen und nicht im Wettbewerb – Sie haben ganz stark für den Wettbewerb gesprochen – gegeneinander etwas zu tun. Für mich hat das auch etwas mit Wissenstransfer zu tun, also an dem Miteinander zu arbeiten.

Meine Frage wäre an Herrn Hager, vielleicht auch an Sie, weil Sie auch die Unternehmen in Berlin und Brandenburg vertreten, Herr Werthwein: Wie gehen denn große und kleine Unternehmen miteinander um? Wie partizipiert man denn zum gemeinsamen Wohle von den Erkenntnissen und sagt nicht, wir kaufen vielleicht preiswert ein, vielleicht nicht mal in der Stadt, sondern ganz woanders, und gucken, dass wir das schnell woanders verkaufen können? Es ist einfach die Aufgabe, Gesellschaft mitzuverändern und eine grüne, ökologische und soziale Gesellschaft zu schaffen. Das erfordert eine andere Bildung, meiner Meinung nach auch ein völlig anderes Selbstverständnis von den Universitäten, aber, Herr Ratzmann, das macht man auch nicht, indem man sagt: Jetzt soll der Senator mal ein schönes, neues Projekt vorschlagen! – Ich denke, wenn Sie sich angucken, wie sich Wirtschaftspolitik in den letzten Jahren entwickelt hat, dann ging es immer um Service und Unterstützung, um Kooperation, um die Bildung von Netzwerken, um gegenseitige Zusammenarbeit. Auf diesem Weg müssen wir weitermachen, und ich denke, selbst in der Kreativwirtschaft, wo man geguckt hat, was denn kleinteilig ist, auch in den Bezirken, was es dort für Potenziale gibt, die man auch anders zusammenbringen kann, da sind wir in den letzten Jahren ganz schön vorangekommen, aber eine andere Lösung gibt es nicht, als da weiterzumachen und nicht etwas ganz Neues zu erfinden.

Stellv. Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Damit ist die Fraktionsrunde abgeschlossen. – Herr Senator Wolf für den Senat, bitte!

Bürgermeister Harald Wolf (SenWiTechFrau): Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sind uns alle einig, welche Bedeutung das Thema Green Economy – wie immer man es jetzt im Einzelnen definiert, generell ein nachhaltiges Wirtschaften und die entsprechenden Technologien und Verfahren dazu – weltweit hat und welche Wachstumspotenziale gerade auch für die Berliner Wirtschaft darin liegen, vor dem Hintergrund dessen, dass wir erstens an unternehmerischem und industriellem Potenzial bereits einiges haben. Wir haben im Rahmen der Wirtschaftskonferenz die entsprechenden Zahlen vorgelegt. Sowohl was Umsatz als auch Beschäftigung angeht, ist Berlin gut positioniert, hat gleichzeitig aber in vielen Bereichen die Schwächen, die den Berliner Standort in seiner Wirtschaftsstruktur auszeichnen, natürlich auch in diesem Bereich.

Zweitens, bei dem großen Potenzial in Wissenschaft und Forschung, das wir in den Universitäten, den Fachhochschulen und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen haben, gilt wieder, dass wir wesentlich mehr an Potenzial in Wissenschaft und Forschung haben, als wir am Standort Berlin oder – um es weiter zu fassen – innerhalb der Region schon in Wertschöpfung umsetzen, also in doppelter Hinsicht ein Wachstumspotenzial, einmal über Wissenschaft und Forschung und zum anderen, was hier an wachsenden Märkten in den nächsten Jahren zu erwarten ist. Ich teile das völlig, und ich habe das auch in meinem Einleitungsbeitrag auf der wirtschaftspolitischen Konferenz gesagt, dass Ökologie eine industriepolitische Aufgabe ist. Das Thema der Ökologie, das Thema des Klimaschutzes wird nur gelöst werden können, wenn wir auch industrielle Lösungen für regenerative Energien, für mehr Energieeffizienz schaffen, um den CO₂-Ausstoß auf ein Minimum reduzieren zu können.

Die Wirtschaftskonferenz war natürlich nicht der Endpunkt dieser Entwicklung, war auch nicht eine Veranstaltung mit der Zielsetzung: Schön, dass man sich mal darüber unterhalten hat –, sondern sie sollte einen

bestimmten Meilenstein markieren, nämlich einmal, dass wir das Thema stärker sichtbar machen als bisher, in die wirtschaftspolitische Diskussion der Stadt als auch darüber hinaus bringen, was die Potenziale Berlins sind, und ausgehend von der Wirtschaftskonferenz, von den Diskussionen auf dieser Konferenz soll weitergearbeitet werden. Das Thema Green Economy bzw. nachhaltiges Wirtschaften, der Umbau der Wirtschaftsstrukturen und das Nutzen der Wachstumspotenziale wird ein wesentliches Thema und ein wesentlicher Faden sein, der sich durch den Masterplan Industrie zieht, wenn man das ernst nimmt, was auf der Wirtschaftskonferenz jetzt diskutiert worden ist.

Herr Ratzmann! Ich glaube, Sie haben ignoriert, was bisher schon getan worden ist. Im Bereich Solarindustrie sind wir seit zwei Jahren dabei, das Kompetenzzentrum Photovoltaik/PVcomB aufzubauen und vonseiten des Senats zu unterstützen. Das ist eine gemeinsame Initiative von Solarunternehmen, dem Helmholtz-Institut, der Technischen Universität und anderen, um den Wirkungsgrad, Dünnschicht- und Nanotechnologie voranzubringen, als ein Beispiel.

Wir haben gleichzeitig vonseiten der Technologiestiftung begonnen, das Kompetenzfeld Energie zu organisieren, und zwar in einem breiten Spektrum von regenerativen Energien bis hin zu Turbomaschinen, also wo es darum geht, energieeffiziente Lösungen bei der Nutzung fossiler Brennstoffe bereitzustellen, Stichworte – Arno Hager hat es schon gesagt –: MAN-Turbo, Siemens, die alle mit dabei sind.

Berlin ist eine der acht von der Bundesregierung ausgewählten Modellregionen für das Thema Elektromobilität. Wir haben hier zwei große Modellversuche, bei denen es erst einmal um die Anwendung geht. Wir haben aber auch gleichzeitig industrielle Potenziale. Wenn Continental am Thema Hybrid – vom Leichthybrid zum Vollhybrid bis hin zur Elektromobilität – arbeitet und den Entwicklungsstandort für Speichermedien hier in Berlin hat, ist das ein wichtiges industriepolitisches Thema, das man damit verknüpfen kann. Wenn es in der Zukunft der Automobilindustrie darum geht – z. B. bei Daimler –, Elektromobilität nach vorn zu bringen, und wir gleichzeitig beim Daimlerwerk in Marienfelde, wo bisher die dicken Motoren hergestellt wurden, erhebliche Probleme auf dem Weltmarkt haben und wenn es in diesem Rahmen für dieses Werk eine neue Perspektive gibt, nicht bei den alten fossilen Technologien – fossil in doppelter Hinsicht: bei dem, was sie verbrennen, als auch, was die Dimension dieser Motoren angeht – zu bleiben, sondern in der Innovation weiter vorn zu sein, werden wir das nur unterstützen, und dafür wird es eine Reihe von Instrumentarien geben.

Was das Thema Transfer angeht, das hier eine große Rolle gespielt hat, werden wir demnächst eine Allianz für Transfer vorstellen, wo es genau darum geht, nicht nur im Bereich der Spin-offs, sondern auch im Bereich der traditionellen Industrie die Transferleistungen der Universitäten und die Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft gegenüber dem jetzigen Stand weiter zu verbessern. Der Senat hat gleichzeitig mit der Initiative für das Institut für Angewandte Wissenschaften als Dachorganisation der Fachhochschulen, das dann die zentrale Anlaufstelle für das Transferthema ist, eine weitere Initiative auf den Weg gebracht. Es ist also nicht so, dass bei dem Thema „Innovation und Green Economy“ nichts stattfindet, sondern hier werden Akzente und Schwerpunkte gesetzt. Wir werden das im Rahmen des Masterplans Industrie in eine gemeinsame Strategie umsetzen. Wenn Sie jetzt den Kollegen Rüttgers begeistert zitieren – nicht seine Äußerungen zur Arbeitsmoral rumänischer Arbeiter, sondern seine Begeisterung darüber, dass er es geschafft hat, mit der nordrhein-westfälischen Industrie eine Wachstumsinitiative zu bilden –, sage ich: Diese Presskonferenz haben wir in Berlin schon im Jahr 2004 gemacht. – Wir arbeiten seitdem gemeinsam an einer ganzen Reihe von Themen. Ein Ausfluss war die Wirtschaftskonferenz zu Green Economy, und die ist nur eine Etappe auf dem Weg, auf dem wir sind. Das Ganze wird in den Masterplan Industrie münden, in dem dann auch konkrete, gemeinsam mit den Akteuren verabredete Maßnahmen zur Stärkung des Industriestandorts und dann auch der Umorientierung des Wirtschaftens hin zu einer nachhaltigen Struktur im Sinne von Green Economy zu finden sind. Insofern, glaube ich, haben wir auf dieser Konferenz mehr gemacht oder ist diese Konferenz anders einzuordnen, als nur zu sagen: Es ist mal nett geredet worden. – Das ordnet sich vielmehr in eine Konzeption und eine Strategie ein.

Stellv. Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Senator! – Weitere Wortmeldungen sehe ich im Augenblick nicht. Dann machen wir die Antwortrunde und fangen dieses Mal mit Herrn Hager an. – Bitte sehr!

Arno Hager (IG Metall): Wie das so ist bei komplexen Themen, sind Fragen für die nächsten fünf Stunden gekommen. Es ist die Fähigkeit der Politiker, die hier sitzen, das auf zehn Minuten einzudampfen. Daran arbeite ich noch, bisher ist es mir nicht so ganz gelungen. Ich will vielleicht einen Punkt ansprechen. Dass man zum Thema Green Economy oder Greentech ein Symposium machen könnte, um die Abgrenzungsfragen zu klären, was das genau ist, davon bin ich überzeugt, und da kämen auch ganz unterschiedliche Ansichten heraus. Aber auf der anderen Seite erinnere ich mich gerade an „Leitbild Hamburg – wachsende Stadt“, das nichts aussagt, aber eine sehr zentrierende Wirkung für die Akteure in Hamburg hatte. In Berlin gibt es zum Thema Greentech und Green Economy sehr viel – mit den Ressourcen Photovoltaik, Solon, das Siemensdynamowerk baut jetzt die größten Generatoren für Offshore-Windkraft, es gibt die alten traditionellen – in Anführungszeichen – Turbinen oder Generatoren. Da gibt es in Berlin sehr viel, und ich finde, das ist ein Grund – und zwar fraktionsübergreifend, würde ich fast sagen –, das auch nach außen zu tragen: Es gibt in Berlin etwas, und die unterschiedlichen Wege, wie wir das weiterentwickeln wollen, hindern uns nicht, nach außen hin zu vertreten, das ist ein Pfund für Berlin. – Ich würde mir wünschen, dass das Pfund für Berlin schon drei Zentner wiegt. Das tut es noch nicht. Herr Werthwein hat deutlich gemacht, dass alle anderen auch nicht schlafen.

Dennoch von den Strukturen her, von dem, was es hier gibt – – Da sehe ich auch keinen Gegensatz zu dem Thema: Jeder, der kommen will, ist herzlich willkommen. – Ich persönlich glaube nur nicht daran, dass es hier Großansiedlungen geben wird, denn dafür kenne ich das Geschäft zu gut und weiß, wie Standortentscheidungen fallen. Das schließt ein, dass es so etwas geben kann, was uns auf diesem Gesundheitsmarkt gelungen ist. Das ist ein Beispiel, das bei Greentech auch laufen könnte, dass irgendwann ein Unternehmen wie Pfizer sagt: Wir verlegen unsere Europazentrale nach Berlin. – Ich glaube, das waren 600 Leute. Davon haben sie unterwegs 400 verloren. Das ist sozusagen fast unternehmerischer Selbstmord, was sie machen. Sie haben es gemacht, weil Berlin an der Stelle ein Hotspot war, und die werden auch diese Verluste, die sie auf dem Weg hatten, aufarbeiten. Beim Thema Gesundheit stellt Berlin sowohl nach innen als auch nach außen etwas dar. Ich kann mir vorstellen, dass dies bei diesem ganzen Thema Greentech – genau wie einem bei Stuttgart, München oder Hamburg direkt bestimmte Industrien einfallen – auch in Berlin funktionieren kann.

Ich persönlich bin sicher, dass es zwei ganz große Felder gibt. Das eine ist mit dem Unternehmensservice auf die Spur gesetzt worden. Für den Unternehmensservice braucht man nach meiner Ansicht mindestens einen Fünfjahresplan, damit er effektiv arbeitet, weil es extrem schwierig ist, die ganzen Firmen von klein bis mit-

tel abzudecken, sodass aus Berlin heraus – – Ich habe immer das Bild vom Managertreffen von Konzernen und Mittelständlern, die auch ein paar Tausend Beschäftigte haben. Bisher ist es so: Die treffen sich in München oder haben ein Incentive irgendwo in der Welt und reden dann darüber, was in Berlin alles schiefgelaufen ist. Ich könnte – das kann ich hier nicht machen, sonst würde ich meine guten Arbeitsbeziehungen zu Diversen zerstören – reihenweise aufzählen, was in Berlin für Unternehmen noch nicht so klappt, und zwar ganz alltägliche Sachen. Das ist nicht so, weil der Berliner an und für sich noch nicht zum Homo Sapiens zählt, sondern das hängt damit zusammen, dass diese Stadt viel größer ist als eine normale deutsche Stadt, dass wir, bezogen auf andere Städte, eine viel kleinteiligere Wirtschaft und Industrie haben und dass wir 40 Jahre Geschichte haben, wo andere Systeme sich 40 Jahre lang tunen konnten. Ich erinnere daran: Die Industrie, die wir heute haben, die ich überblicke, hat mit der von 1990 gar nichts mehr zu tun in dem Sinne, dass im Westen in der Metall- und Elektroindustrie von 100 000 keine 50 000 übriggeblieben sind, und die, die da sind, sind auf Weltmarktebene Weltmarktführer. Gleichzeitig habe ich aber auch noch die Menschen. Die sind nicht alle direkt ausgestorben, und die haben sich auch nicht so schnell verändert wie vielleicht dieser brutale Shift in der Industrie. Das dauert dann eben. Ich finde es gut, dass der Senat von Berlin gesagt hat: Wir geben da jetzt Power rein, denn ein Unternehmensservice, den wir immer nur postulieren, wo wir aber keine Leute haben, die sich darum kümmern, der funktioniert nicht. – Jetzt haben wir Leute, die sich darum kümmern. Ich hoffe nur, dass die auch lernen können und dass die Ressourcen von außen das stützen.

Mein letzter Gedanke: Ich persönlich bin davon überzeugt, dass wir auch beim Thema Transfer, auch von der Größenordnung her, so etwas Ähnliches wie einen Unternehmensservice brauchen, um den Reichtum dieser Wissenschafts-, Forschungs-, Hochschullandschaft, die wir haben, für die Unternehmen erschließbar zu machen. Wenn ich sage, für die Unternehmen, heißt das auch immer umgekehrt: Da gibt es dann Lebens- und Arbeitsperspektiven für Studenten, die hier dann ihre Jobs kriegen. Das ist nie nur mit dem Thema Auftragsforschung oder so etwas abgetan. Ich denke jetzt an Schleicher, ein innovatives Elektroindustrieunternehmen, das Steuerungen für den Maschinenbau herstellt. Das Unternehmen hat jetzt 120 Leute. Die brauchen alle drei Jahre mal einen Entwickler. Was interessiert es die TU, ob ein Unternehmen mit 120 Beschäftigten alle drei Jahre mal einen Entwickler braucht? – Ich habe aber reihenweise solche Firmen. Diese Aufgabe konkret zu lösen, ist nicht einfach. Meines Erachtens sollte man da Power reingeben und eine gute Bestandsaufnahme machen, was bisher funktioniert. Wir haben auch eine Menge, was schon funktioniert. Was funktioniert besonders gut? Was kann man daraus für die Zukunft ableiten? Wo muss man Kraft hineinstecken? – Wenn man das machen würde, bin ich sicher, dass wir da vorankommen würden. Ich sitze ja hier quasi als Verbandsvertreter – in Anführungszeichen. Der muss ja „Industrie“ sagen, weil er einer Industriegewerkschaft vorsitzt. Ich glaube, dass es ganz wichtig ist, deutlich zu machen, dass ein höherer Industrieanteil höhere Wertschöpfung, höhere Steuereinnahmen und qualitativ werthaltigere Dienstleistungen heißt, das heißt Lebenschancen für die Menschen in Berlin. Ich glaube, das muss man verbinden. Die Leute, die in dieser Industrie arbeiten, wollen unter vernünftigen Bedingungen arbeiten. Die wollen auch was Grünes in Berlin sehen, die wollen keine hohe Verschmutzungsrate haben, und die sind stolz darauf – wie bspw. Herr Dr. Grunow –, an Zukunftsfragen mitzuarbeiten. Bei dem Thema „Berlin als Metropole“ und dem Thema „Industrie“ ist – jetzt mal hochtrabend – von einer dritten industriellen Revolution geredet worden. Ich habe es meistens lieber ein bisschen kleiner, vielleicht die zweieinhalbte oder so etwas. Wenn man diese Sachen gut verbinden kann, dann bin ich sicher, dass Berlin ein toller Platz ist, um Industrie weiterzuentwickeln. Das ist ein Thema, bei dem es allen Fraktionen sehr gut anstehen würde, da voranzukommen. Man ist ja nie davor gefeit, dass irgendwann auch mal andere den Senat bilden. Das kommt noch erschwerend hinzu.

Stellv. Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Hager, auch für die frohe Botschaft, die Sie uns übermittelt haben! – Herr Dr. Grunow, bitte!

Dr. Paul Grunow (PI Photovoltaik-Institut Berlin AG): Noch einmal zur Definition von Greentech oder Cleantech oder Green Economy: Ich denke, es geht um nicht weniger als die Lösung des Weltenergieproblems inklusive der Ressourcen, die knapper werden. Mobilität ist auch nur ein Energieproblem. Hier geht es gar nicht darum, ein schickes Deckmäntelchen für Berlin zu finden, sondern ich denke, dass es ein sehr wichtiges wirtschaftliches Gebiet sein wird, das weltweit auch die Chinesen betreffen wird. Es ist nur die Frage, ob man es jetzt schon besetzt oder nicht. Ich würde sagen, dass die Politik ruhig sagen kann: Es ist noch zu früh. – Alles, was ich bisher in der Industrie getan habe, habe ich immer unter der Prämisse getan: Das wird kommen, das ist gar nicht zu verhindern. – Dass Berlin nicht die ganze Wertschöpfungskette abde-

cken kann, ist klar. Wir leben in einer globalisierten Welt. Wir müssen Dinge besetzen. Deshalb meine ich, die große Industrie hat da schon Sinn, weil man viele Ingenieure auf die Lösung eines Problems zwingt. Das kann ein kleines Unternehmen, ein Start-up-Spin-off, überhaupt nicht leisten. Ich frage mich nur, wie es gehen soll. In meiner Unternehmerpraxis ist so etwas nie gelungen, weil die großen Industrien ganz anders ticken als die kleinen Firmen.

Was würde mir für Berlin wünschen? – Egal wie man jetzt diese Probleme löst, ein Zeichen wäre, wenn man so etwas als Messe in Berlin stattfinden ließe, denn Berlin kann Veranstaltungen ausrichten. Ich wundere mich, dass die europäische Photovoltaikkonferenz in Hamburg stattfindet und die Windkonferenz irgendwo noch weiter nördlich. Berlin hatte mal irgendeinen Clean-Energy-Ansatz, und der ist weg. Ich finde, als Kultur- und Messestadt müsste Berlin ein Event haben, das „Greentech“ oder so ähnlich heißt und nicht weniger als alle Ansätze für die Lösung des Weltenergieproblems irgendwie beinhaltet. Das ist nicht anmaßend. Ich finde, es ist ein Klarstellen des Ansatzes, um den es eigentlich geht. Es geht nicht um wohltätige Dinge, die man erledigt, sondern es ist eine Wette darauf, dass genau das zu lösen ist: Technologien, Produkte und Systeme zur Energiebereitstellung in 50 Jahren.

Stellv. Vorsitzender Jörg Stroedter: Herr Dr. Krämer!

Dr. Stephan Krämer (Converteam GmbH): Herr Jahnke hat eine sehr konkrete Frage nach der geschlossenen Wertschöpfung gestellt. Es ist schon so: Wenn Sie eine leistungsstarke Industrie hier haben, dann haben Sie natürlich einen Zulieferbedarf, der sich auch auf die Region positiv niederschlägt. Aber es ist auch so, wie Dr. Grunow gerade sagte: Wir sind in einer internationalen, globalisierten Welt. Hightechprodukte sind nicht alle in Berlin, sondern weltweit versammelt. Das hat also Grenzen.

Eine zweite Frage, die aufkam, war die nach den Hochschulen. Wir haben in unserem Sektor, der im Wesentlichen Maschinenbau und Elektrotechnik ist, festgestellt, dass in den letzten zehn Jahren die Attraktivität solcher Studiengänge sehr gering war. Das haben relativ wenige Leute studiert. Ich glaube, da muss man bereits in der Schule ansetzen, um Leute zu begeistern. Da ist es so: „Green“ zieht wirklich. Wir haben erlebt: Die Leute, die sich bei uns beworben haben, wollten fast alle in der Windkraftabteilung mitarbeiten, weil der Mensch natürlich etwas Positives in seinem Leben leisten will. Viele Leute haben für sich erkannt, dass sie an diesem Umbau mitarbeiten wollen. Ich glaube, das ist eine Idee. Das muss bis in die Schulen gebracht werden, damit sich Leute für solche Studiengänge entscheiden. Gerade in der Berliner Hochschullandschaft haben wir gesehen, dass sich die Hochschulen anpassen mussten. Wenn weniger Leute studieren wollen, dann werden die Institute verkleinert und die Professuren nicht neu besetzt. Da hat die TU die schärfsten Einschnitte machen müssen. Ich glaube, die HDW und die Beuth-Hochschule sind sehr dicht an den Industriethemen dran. Insgesamt kann man sagen: Wir können uns hier in Berlin sehr gut mit Nachwuchs versorgen. Ein bisschen fehlt die Elite.

Einen Aspekt möchte ich im Zusammenhang mit den Hochschulen herauskehren: Wenn man hier dauerhaft Arbeitsplätze sichern will, dann muss das Know-how in diesen Firmen sein. Eine Produktion können Sie immer leicht verlagern, Sie können aber eine Entwicklungsabteilung nicht leicht verlagern, denn dann haben Sie es schlagartig mit 50 Individualisten zu tun, die Sie nicht dazu bringen, nach Bamberg zu ziehen – um ein Beispiel zu nennen. Deswegen glaube ich: Wenn man fördern will, dann muss man diesen Aspekt fördern, dass die Firmen ihr Know-how hier entwickeln, und dann wird man das auch langfristig haben.

Herr Ratzmann hat eine Frage gestellt: Wie kann man das Wachstum oder die Ansiedlung von Green-Economy-Firmen konkret fördern? – Ich kann jetzt schlecht für die Photovoltaik sprechen, das ist nicht mein Metier. Ich glaube, Sie sind richtig unterwegs, wenn Sie Flächen bereitstellen und Ingenieurwachstum anbieten. Ich würde aber genau hinhören, was für Forderungen die Firmen stellen. Wenn Sie so eine Firma hier angesiedelt haben, gibt es am Ende auch einen Rücklauf der Investitionen, glaube ich. – Vielen Dank!

Stellv. Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke, Herr Dr. Krämer! – Zum Abschluss Herr Werthwein – bitte sehr!

Jens Werthwein (UVB): Ich greife die Frage von Herrn Thiel gern auf. Auf den Punkt gebracht: Green Economy heißt nicht mehr und nicht weniger als die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltbelastung. Greentech wiederum ist der Kern dieser Green Economy und beinhaltet die Anbieter der technologischen Lösungen, um solche Ziele zu erreichen, also die Industrie und die industrienahen Dienstleister. So ist das in unserem Verständnis. Daraus ergibt sich auch: Das ist keine Branche oder kein Cluster für sich, sondern – das unterstreiche ich an der Stelle gern noch einmal – ein Querschnittsthema der gesamten Wirtschaft.

Ein wichtiges Stichwort ist hier gefallen: soziale Marktwirtschaft oder überhaupt Marktwirtschaft an der Stelle. Es ist immer die Frage: Wer setzt sich durch am Markt? – Im Studium habe ich gelernt: Derjenige, der die besten Lösungen für die Nachfrage am Markt anbietet, also derjenige, der die besten Antworten auf die Fragen gibt, die an die Märkte gestellt werden, und der die Lösungen zu wettbewerbsfähigen, das heißt zu erzielbaren Preisen bzw. Kosten anbieten kann. Insofern zucke ich ein wenig, wenn Worte fallen wie „Umbau der Wirtschaft“ und „aktives Neuordnen“ von Dingen. In meinem Verständnis ist es eher so: Technologien müssen sich durchsetzen. Sie lassen sich schwer verordnen. Sie werden auch immer nur vom Status quo einer technologischen Entwicklung her verordnet. Man braucht vielmehr einen vitalen Wettbewerb der Ideen und Innovationen um technologische Fortschritte beispielsweise in den Fragen, die sich aufgrund Ressourcenverknappung, steigender Energienachfrage und Umweltbelastung stellen. Insofern sind wir absolut überzeugt, dass die besten Instrumente hier eine starke Innovationsorientierung und eine Technologieoffenheit sind, die dann auch die politische Diskussion leiten sollten.

Das lässt sich am konkreten Beispiel darstellen. Hier sind zwei, drei Dinge genannt worden, die ich gern aufgreife. Das lässt sich z. B. auf die Energieerzeugung übertragen. Die Dinge müssen im Wettbewerb miteinander gelöst werden. Es geht sowohl darum, dass man in der fossilen Energietechnik Vorsprünge in der Effizienz schafft. Dazu gehört z. B., dass Siemens Power Generation die effizientesten und leistungsstärksten Gasturbinen der Welt hier in Berlin entwickelt und fertigt. Dazu gehört, dass z. B. ein Unternehmen wie MAN Turbo sehr wettbewerbsfähige CCS-Kompressionstechnologie hier in Berlin fertigt. Dazu gehört aber auch der Bereich der erneuerbaren Energien, beispielsweise sehr stark im Bereich der Photovoltaik, von dem ich hier im Heft auch lesen kann: 35 Prozent der gesamten deutschen Fertigung kommt vom Standort Berlin.

Hier zeigt sich auch – da greife ich gern das auf, was Herr Jahnke als Wertschöpfungsketten angesprochen hat –, dass solche Dinge entstehen und sich entwickeln können. Ich finde hier sowohl Produktion – sei es Solon, Sulfurcell, Inventux oder andere –, Prozessautomation drumherum von Jonas und Redmann, Dienstleistungen beispielsweise der Dachland-Gruppe oder der IB-Vogt-Gruppe, der Solaratlas Berlin oder auch der Wissenschaftsbereich mit dem PVcomB oder dem Photovoltaik-Institut. Die Dinge greifen ineinander. Eins ist auch klar, man muss immer genau analysieren: Wo sind die Lücken in solchen Wertschöpfungsketten, und wie lassen diese sich schließen? – Das ist Arbeit, und da braucht man einen langen Atem, aber es ist nicht unwichtig. Mir ist durchaus noch Dr. Biesenbach von Bosch im Ohr, der auf dem Podium der Berliner Wirtschaftskonferenz auf die doch sehr direkte Frage, warum er immer wieder stark in Baden-Württemberg und nicht am Standort Berlin investiert, gesagt hat: Da habe ich meine Zulieferstrukturen und meine Netzwerke, in die ich mich einbinden kann. – Solche Dinge wachsen. Sie wachsen, weil sich Daimler und Benz und Bosch irgendwann mal dort zusammengefunden und diese Strukturen sich über lange Zeiträume entwickelt haben. Da muss man mit viel Fingerspitzengefühl die Dinge suchen und sich überlegen, wie die Dinge entwickelt werden können.

Welche Stichworte gab es noch? – Um das Stichwort Marktwirtschaft noch einmal aufzugreifen, die betriebswirtschaftliche Perspektive: Ich habe am Anfang gesagt, weltweit steigt die Nachfrage nach Ressourcen und Energie. Wir haben gleichzeitig die Begrenzung, die Dinge verknappen sich. Irgendwann im Grundstudium habe ich gelernt: Bei steigender Nachfrage und begrenztem Angebot steigen die Preise. Das heißt also, in Zukunft wird der Wettbewerbsvorteile haben, der effizient mit den Dingen umgeht. Insofern ist es schon eine rein betriebswirtschaftliche Erwägung von Unternehmen, sich in Zukunft in stärkerem Maße mit Nachhaltigkeitstrategien und effizientem Ressourceneinsatz auseinanderzusetzen. Auch das beinhaltet wiederum Marktpotenziale für diejenigen, die solche Lösungen anbieten können. Da gibt es viele Beispiele – sie sind heute vielfach angesprochen worden –, auch in Berlin.

Das Thema Tegel ist angesprochen worden: Dazu habe ich mich vorhin schon geäußert. – Zu den Rahmenbedingungen hat Herr Dr. Krämer einige Dinge gesagt, zum Thema Bildung und Lehrstühle. – Ich denke, damit wären wir dann einmal quer durch. – Danke schön!

Stellv. Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Werthwein! – Meine Damen und Herren! Wir haben jetzt nur noch sehr wenig Zeit. Ich habe noch zwei Wortmeldungen. – Herr Schäfer ist heute bei uns im Ausschuss. Es gibt sicherlich keine Einwände, dass er hier spricht. – Bitte, Herr Schäfer!

Michael Schäfer (Grüne): Danke für die Möglichkeit, hier zu sprechen! – Ich möchte den Senator fragen, was er aus dieser Anhörung mitnimmt. – Ich weiß nicht, ob es angemessen ist, dass Sie lachen. Das finde ich ein bisschen unparlamentarisch. Es ist, glaube ich, nicht Aufgabe der Senatsbank da vorne.

Herr Wolf! Sie tun ja so, als seien wir gut dabei. Unser Eindruck ist eher: Berlin hinkt inzwischen etwas hinterher. Wir haben gerade wieder von den herausragenden Potenzialen gehört, von der Forschungslandschaft und den Standortqualitäten, auch viel darüber, was Unternehmen tun, die schon in Berlin sind. Andererseits haben wir auch gravierende Probleme, gerade bei den erneuerbaren Energien in Berlin. Ihnen wird sicherlich diese Studie des DIW vom August letzten Jahres bekannt sein, in der es heißt: Ausbauziele des Senats für die erneuerbaren Energien – viertletzter Platz, Ansiedlungsstrategie des Senats für erneuerbare Energien – 11. Platz. Bei der Nutzung der Erneuerbaren ist es noch schlechter, und das kann man nicht nur der Windenergie anlasten, wo wir natürlich nicht so große Potenziale haben. Aber auch bei der Solarenergie, gemessen am Potenzial der Dachfläche, liegt Berlin auf dem drittletzten Platz, beim Zubau seit 2001 – vorletzter Platz, Geothermie trotz Potenzial – letzter Platz, Wärmeezeugung durch erneuerbare Energien – drittletzter Platz, landeseigene Nutzung von Solardächern – auch sehr weit hinten.

Die Gründe dafür kann man auch dieser Studie entnehmen: Förderprogramme – vorletzter Platz. Das kann man angesichts der Haushaltssituation sicherlich nicht dem Senat zum Vorwurf machen. Aber selbst bei der Information über Nutzungsmöglichkeiten erneuerbarer Energien steht in der Studie: unzureichend, veraltet, nicht zu finden – vorletzter Platz. Administrative Hürden werden hier ausgemacht, fehlende Ansprechpartner, langwierige Genehmigungsprozesse, bei der Hemmnisbeseitigung – vorletzter Platz. Das alles unter 16 Plätzen. Da frage ich mich schon, ob nicht ein bisschen mehr nötig ist als das recht allgemeinpolitische Metaebenenstatement, das Sie uns eben gegeben haben, und der Verweis auf: Wir machen da ein bisschen E-Mobility. Wir haben das Kompetenzfeld – wenn auch zu spät – jetzt in Angriff genommen. – Unternehmen gehen dahin, wo Märkte sind. Wenn erneuerbare Energien bisher in Berlin fast nicht genutzt werden im Vergleich zu den anderen Bundesländern, was wollen Sie da tun? Glauben Sie, ein Appell des Regierenden Bürgermeisters an die Berliner Unternehmen, E-Mobility in ihre Fahrzeugflotten aufzunehmen, ist besonders hilfreich, wenn gleichzeitig der Senat mit den landeseigenen Unternehmen Klimaschutzvereinbarungen macht, wo nichts davon drinsteht? Glauben Sie nicht, dass der Senat jetzt durch eine konkrete Politik, wo auch die Unternehmen und Forschungsinstitute anhand von konkreten Projekten die Zusammenarbeit verbessern und neue Modelle ausprobieren können, viel mehr erreichen könnte, als wenn Sie jetzt nur an der Netzwirkbildung arbeiten? Glauben Sie nicht, dass es eine der herausragenden Aufgaben ist, dass ein größerer Markt für erneuerbare Energien und Energieeffizienztechnologien entsteht? Wie sehen Ihre Konzepte aus, da jetzt auch etwas zu unternehmen?

Stellv. Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Schäfer! – Herr Kollege Jahnke, bitte!

Frank Jahnke (SPD): Dazu muss ich noch kurz etwas sagen. Das ist teilweise bewusste Schlechtredei, wenn man sich beispielsweise den Kongress am letzten Dienstag angeschaut und sich die Rede von Herrn Löscher angehört hat, wie weit vorn Berlin in diversen Kompetenzen steht. Bei der energetischen Gebäudesanierung, bei der Kraft-Wärme-Kopplung, bei all diesen Dingen steht Berlin ausgezeichnet da. – [Volker Ratzmann (Grüne): Trotz des Senats, nicht wegen!] – Das ist doch jetzt wirklich Polemik!

Stellv. Vorsitzender Jörg Stroedter: Wir sind nicht im Parlament, wir rufen nicht zu, wir sind im Ausschuss. Herr Kollege Jahnke hat das Wort.

Frank Jahnke (SPD): Von daher erscheint mir dies jetzt als eine sinnlose Schlechtredei von Kompetenzen, die durchaus vorhanden sind, aber natürlich stärker genutzt werden können. Aber bei der Solarenergie muss ich Sie darauf hinweisen: Wir sind hier nicht so klimabegünstigt wie andere Standorte der Welt oder Europas, um hier in breitem Umfang Solarstrom zu erzeugen. Ein bisschen ist sicherlich machbar, aber Berlin wird eher ein Ort sein, wo Solarzellen erzeugt und hoffentlich gut in alle Welt exportiert werden. Im Moment ist es jedenfalls noch so. Die Anwendung wird hier eine geringere Rolle spielen als an anderen Orten. Das müssen Sie einfach mal akzeptieren.

Ich wollte jetzt aber den Senator fragen, weil er die Allianz für Transfer angesprochen hat. Herr Hager hat in seinem letzten Beitrag noch einmal darauf hingewiesen: Man müsste für den Transfer etwas Ähnliches aufbauen wie einen Unternehmensservice, damit das Chaos – wie er es nannte – aufhört. Wenn sich die Anzuhörenden noch einmal äußern dürfen – ich weiß es nicht – ist noch einmal meine Frage an Herrn Krämer, ob er die richtigen Ansprechpartner hinsichtlich Transfer von selbst gefunden hat oder im Chaos steckengeblieben ist. – Wenn die Anzuhörenden nichts mehr sagen dürfen, bleibt es bei der Frage an den Senator.

Stellv. Vorsitzender Jörg Stroedter: Es ist jetzt 16 Uhr. Ich habe noch eine Wortmeldung, und wir hören noch die Antwort des Senators. Dann sollten wir zum Ende der Sitzung kommen, sonst müssen wir beantragen, dass wir länger tagen wollen. Da ist immer die Begeisterung nicht so groß, wie ich aus der Vergangenheit weiß. – Frau Holzheuer-Rothensteiner, bitte!

Bärbel Holzheuer-Rothensteiner (Linksfraktion): Ich denke, ich habe eine gute letzte Frage. – Wir befinden uns hier im Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Frauen. Deswegen die Frage an Sie, weil nämlich diese Broschüre frauenfrei ist, sage ich mal. Auch von der Sprache her – Geschlechtersensibilität – danke, unsere frauenpolitische Sprecherin lobt mich gerade –, ist da nichts zu finden. Das ist jetzt nicht böse gemeint, aber das sollte einem schon bewusst sein, wenn man solche Broschüren macht. Erstens: Ist Ihnen bewusst, dass Sie auch Frauen in dem Material, mit dem Sie nach außen gehen, ansprechen sollten und müssten?

Zweitens: Wie ist das in den Unternehmen, die Sie vertreten, und in diesen Branchen? Vielleicht noch ganz kurz: Sind Frauen interessiert, in Ihren Unternehmen zu arbeiten? Was tun die dann dort? Wie werben Sie? Oder kann man sagen, okay, wir haben jetzt da wieder so einen richtigen neuen Männerbereich, weil Technologie? Also spannend für uns, weil wir einfach natürlich auch in diese Branchen hinein Frauen fördern wollen.

Stellv. Vors. Stroedter: Ich dachte eigentlich, dass wir uns gerade verständigt haben, dass wir sozusagen die Anhörung an der Stelle beenden und jetzt nur noch der Senator antwortet. Wird das anders gesehen? – [Zuruf] – Das ist nicht der Fall, dann hat Herr Senator Wolf das Wort. – Bitte sehr!

Bürgermeister Harald Wolf (SenWiTechFrau): Also zu dem Punkt: Ich habe es nicht schlussgelesen. Der Einwand ist, wenn Sie das entdeckt haben, sicherlich richtig.

Zu dem Thema, das Herr Schäfer angesprochen hat – erstens: Ich habe versucht, in meinem Konkretniveau einen etwas höheren Grad zu erreichen als Ihr Fraktionsvorsitzender, und das ist mir, glaube ich, auch gelungen. – [Volker Ratzmann (Grüne): Nein!]

Zweitens: Wenn Sie jetzt das Thema „Anwendung“ und „Berlin als Anwendungsfeld für regenerative Technologien“ ansprechen, dann habe ich zwei Anmerkungen dazu. Erstens: Green Economy ist mehr als nur regenerative Energien, ist mehr als Photovoltaik, sondern es bezieht sich – – [Michael Schäfer (Grüne): Auch!] – Auch, richtig! Ich sagte ja auch „mehr“. Das impliziert, dass es das auch ist; mehr ist darüber hinausgehend. Folglich reden wir über die gesamte Breite der Berliner Industrie. Zweitens: Die Stärke der Berliner Industrie hängt nicht primär davon ab, inwieweit die Produkte, die in Berlin hergestellt werden, auch hier angewendet werden. Das wäre ein Irrtum! Also es geht hier nicht nur darum, dass wir eine Subsistenzwirtschaft für Berlin machen, sondern die Tatsache, dass wir ein hohes Potenzial haben in dieser Stadt, und wenn es denn so schrecklich ist wie Sie sagen, zeigt nur, wie gut unsere Industrie in diesem Bereich ist, ohne dass es zu den – wie Sie sagen – umfassenden Anwendungen in der Stadt kommt, was so nicht richtig ist. – [Michael Schäfer (Grüne): Das DIW sagt das!] – Ja, Sie haben es zustimmend zitiert. Insofern haben Sie sich das Urteil zu eigen gemacht. Herr Schäfer! Wenn Sie etwas zustimmend zitieren, dann müssen Sie sich auch dazu stellen, dass dem so ist. – [Zuruf] – Also ich habe zu dem, was das DIW publiziert – je nachdem, was der Inhalt und wer der Auftraggeber ist –, eine differenzierte Haltung – übrigens wie bei jedem Institut – und gucke mir das sehr genau an.

Natürlich müssen wir in der Stadt mehr tun, was die Anwendung angeht. Ich glaube, dass das auch ein wichtiger Impulsgeber sein kann – um jetzt mal positiv auf das einzugehen, aber es war mehr eine Reduktion auf diesen Aspekt – und auch sein muss, dass wir hier Modelle initiieren und vorangehen. Ein wichtiger Punkt wird das Klimaschutzgesetz sein. Ein anderer wichtiger Punkt wird sein oder ist bereits: Es ist nicht so, Herr Schäfer und Herr Ratzmann, dass es keine gemeinsamen Projekte zwischen Wissenschaft und Wirtschaft in diesen Bereichen gibt, es gibt sie natürlich massenhaft. Ich gebe Ihnen gern mal eine ausführliche Liste, die nicht vollständig sein wird – [Heidi Kosche (Grüne): Das hätten wir gerne mal!] –, was alles in diesen Bereichen gemeinsam getan und geforscht wird. Ich hoffe, dass dann vonseiten der Grünen nicht immer so ein Zerrbild der Landschaft hier in Berlin gemalt wird, sondern dass Sie sich mal mit den Realitäten auseinandersetzen. Ich lasse Ihnen da gern mal etwas zukommen. Es findet mittlerweile eine ganze Menge statt, auf dem wir aufbauen können. – Angesichts der Zeit lasse ich es bei diesen kurzen und sicherlich für die Grünen unbefriedigenden Bemerkungen. Ich liefere Ihnen gern noch etwas nach. – [Zuruf von Volker Ratzmann (Grüne)]

Stellv. Vors. Stroedter: Vielen Dank! – Dieser Punkt stand nicht auf der Tagesordnung. Wir hatten eine Ergänzung bekommen, in der wir uns allein auf das Green-Economy-Thema beschränkt haben. – Darauf möchte ich nur noch einmal hinweisen.

Ich darf mich sehr herzlich bei Herrn Hager, Herrn Dr. Grunow, Herrn Dr. Krämer und Herrn Werthwein bedanken, dass Sie bei uns waren – [Allgemeiner Beifall] –, und davon ausgehen, dass die Besprechung für heute abgeschlossen ist. Wird dem widersprochen? – Das ist nicht der Fall.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der Grünen

[0246](#)

Gesetz zur Änderung des Landesgleichstellungsgesetzes

Drs 16/2438

Vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

Vorlage – zur Kenntnisnahme –

[0254](#)

**Berliner Programm zur Förderung der Chancengleichheit
für Frauen in Forschung und Lehre**

Drs 16/2516 Neu

(auf Antrag der Linksfraktion und der Fraktion der SPD)

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der FDP

[0175](#)

**Weniger Bürokratie für den Mittelstand:
bezirksübergreifende Parkausweise für Handwerksbetriebe**

Drs 16/1322

Vertagt.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.